

(Stand: 05.02.2018)

Anlage zu § 4

Studienpläne

Inhaltsübersicht

Fachstudium I (Studienabschnitt I) – Pflichtfächer.....	4
Einführungspraktikum am Amtsgericht	5
Grundbuchrecht I.....	6
Zwangsvollstreckungsrecht	11
Nachlassrecht.....	15
Familien- und Betreuungsrecht	21
Grundlagen des Zivilrechts	30
Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsrecht.....	36
Strafrecht, Strafprozessrecht I.....	39
Zivilprozessrecht	44
Kostenrecht.....	47
Schlüsselkompetenzen I	50
Berufspraktikum I (Studienabschnitt II).....	52
Vorbemerkung.....	53
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Zwangsvollstreckungsrecht (Mobiliarvollstreckung).....	55
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Nachlassrecht	57
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Familien- und Vormundschaftsrecht.....	60
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Betreuungsrecht	62
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Zivilrecht.....	64
Fachstudium II (Studienabschnitt III) - Pflichtfächer	66
Grundbuchrecht II	67
Strafprozessrecht II, Strafvollstreckungsrecht.....	73
Registerrecht.....	76
Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht.....	80
Insolvenzrecht	86
Justizverwaltung und Organisation	90
Wirtschaftswissenschaften	92
Schlüsselkompetenzen II.....	94
Fachstudium I und II (Studienabschnitte I und III) - Wahlpflichtfächer.....	95
Arbeitsrecht und Arbeitsgerichtsverfahren.....	96
Grundlagen des Steuerrechts	100
Wertpapierrecht	102

Berufspraktikum II (Studienabschnitt IV).....	104
Vorbemerkung.....	105
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Strafvollstreckungsrecht	106
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht.....	108
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Insolvenzrecht	111
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Grundbuchrecht.....	113
Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Registerrecht	115
Fachstudium III (Studienabschnitt V) – Wiederholung, Vertiefung, Prüfungsvorbereitung	117
Vorbemerkung.....	118
Prüfungsvorbereitung	118

Fachstudium I (Studienabschnitt I) – Pflichtfächer

Einführungspraktikum am Amtsgericht

1 Woche

Ziel des Einführungspraktikums ist es, den Anwärterinnen und Anwärtern eine erste Anschauung von der Tätigkeit im Rechtspflegerdienst sowie der Funktion und gesellschaftlichen Bedeutung des Rechts, der Rechtspflegeorgane und ihrer Zusammenarbeit zu vermitteln.

Ansprechpartner während des Einführungspraktikums ist die Ausbildungsleiterin/der Ausbildungsleiter.

Diese/r organisiert den Ausbildungsplan, die Betreuung der Anwärterinnen und Anwärter und die Durchführung der Lehrexkursionen mit den darauf bezogenen Besprechungs- und Übungsstunden.

Inhalte

Teil I

Begrüßung – Darstellung und Erledigung der dienstlich notwendigen Formalitäten – Berufsbild des Rechtspflegers und seine Stellung innerhalb der Justiz – Rechte und Pflichten/Status – Erläuterung des Verlaufs der Ausbildung – Vorstellung der Studienpläne

Teil II

Kennenlernen der Geschäftsabläufe bei einem Amtsgericht durch Hospitation in einzelnen Abteilungen (Posteingangsstelle – Wachtmeisterei – Serviceeinheiten – Rechtspfleger – Richter)

Teilnahme an Sitzungen (in Betracht kommen Sitzungen in Strafsachen, Zivilsachen, Zwangsversteigerungs- und Insolvenzsachen).

Der Besuch einer JVA wird empfohlen, soweit diese Möglichkeit besteht.

Grundbuchrecht I

90 LVS

Vorbemerkung

In den Studienabschnitten I und III sollen den Studierenden die für die Tätigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers im Grundbuchamt notwendigen Grundkenntnisse vermittelt werden, damit die anschließende berufspraktische Ausbildung im Anschluss an den Studienabschnitt III möglichst effektiv genutzt werden kann. Dazu soll den Studierenden Einblick verschafft werden in die für den Grundstücksverkehr und die Gestaltung der dinglichen Rechtsverhältnisse an Grundstücken bedeutsamen Prinzipien, Regelungen und Institute des Sachenrechts im Rahmen der Gesamtrechtsordnung, insbesondere unter Einschluss der zugrundeliegenden Kausalverhältnisse. Die für das Grundbuchverfahren und die Grundbuchführung maßgeblichen Verfahrensmaximen und -regeln sollen nicht nur kennen gelernt, sondern durch stete Einübung möglichst verfügbares Methodenwissen der Studierenden werden.

Bloße abstrakte Wissensvermittlung ist zu vermeiden. Stattdessen sollen die Lehrveranstaltungen ihren wissenschaftlichen Inhalt in der Regel aus typischen Lebenssachverhalten entwickeln, welche sowohl die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der daran Beteiligten als auch die Möglichkeiten und Grenzen der rechtlichen Realisierung aufzeigen. Die Lehrgegenstände sollen in der Regel so behandelt werden, dass die formell-rechtlichen Belange im unmittelbaren Zusammenhang mit der materiellen Rechtslage erörtert werden. Damit die Studierenden ein möglichst anschauliches Bild von der Gestaltung und Funktion des Grundbuches erhalten und bereits Erfahrungen in der praktischen Umsetzung der inhaltlichen Probleme gewinnen, soll den Studierenden möglichst oft Gelegenheit für arbeitstechnische Übungen geboten werden; dabei sind die kostenrechtlichen Fragen im Überblick mit einzu beziehen, die ausführliche Behandlung dieses Bereiches bleibt jedoch der berufspraktischen Ausbildung vorbehalten. Ebenso bleibt das Erlernen der justiziellen Software der berufspraktischen Ausbildung vorbehalten.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Eigentum und Besitz

Gesetzliche Grundlagen: Sachenrecht, Verfahrensrecht – Begriff der Sache, Abgrenzung bewegliche, unbewegliche Sachen – Eigentumsübergang einer beweglichen Sache auf der Grundlage eines Kaufvertrages – Grundsatz von Einigung und Übergabe – Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft, Forderungs- und Sachenrecht – Abstraktionsprinzip, Fehlerunabhängigkeit – kurze Gegenüberstellung der Übereignung einer beweglichen Sache zur Übereignung eines Grundstücks auf der Basis eines Kaufvertrages – Grundsatz von Einigung und Eintragung – Begriffsdefinition Eigentum, Besitz

2. Publizität der Eigentumsordnung

Vermutungs-, Übertragungs- und Gutglaubenswirkung – Grundbucheintragung, öffentlicher Glaube, gutgläubiger Erwerb eines Grundstücksrechts – Grundbucheinsicht – Eigentumsübertragung (Auflassung)

3. Darlehensvertrag

Darlehensvertrag als Verpflichtungsgeschäft, Übereignung von Geld als Verfügungsgeschäft – Abgrenzung zu anderen schuldrechtlichen Verträgen – Fälligkeiten von Kapital und Zins

4. Hypothek und Grundschuld

Eigentum als umfassendes dingliches Recht, Überblick über die beschränkten dinglichen Rechte – Sicherung einer Forderung durch Hypothek – persönlicher und dinglicher Anspruch – Entstehung der Hypothek als Buch- oder Briefrecht – Akzessorietät zur Forderung, Eigentümergrundschuld – Stellung des Hypothekengläubigers, Zwangsvollstreckung, dinglicher Duldungstitel als Voraussetzung der Verwertung – Gegenüberstellung der Verwertungssituation aus der Hypothek zur Vollstreckung des schuldrechtlichen (Zahlungs-)Anspruchs – Bedeutung des Rangs in der Zwangsvollstreckung als Befriedigungsreihenfolge – Haftungsumfang der Grundpfandrechte – Akzessorietät der Hypothek – Gegenüberstellung der akzessorischen Bürgschaft zum Schuldanerkenntnis im Vergleich zu Hypothek und Grundschuld – die Sicherung Grundschuld – die Eigentümergrundschuld – Einreden und Einwendungen gegen Hypothek und Grundschuld

5. Materielles und formelles Konsensprinzip

Materieller Konsens – Bewilligung als Grundlage der Eintragung (formelles Konsensprinzip), Rechtsnatur – Bewilligungsberechtigung – Ausnahme des materiellen Konsensprinzips im Verfahrensrecht bei der Auflassung eines Grundstücks

6. Eintragungsantrag

Sinn und Zweck – Vergleich mit der Einleitung sonstiger Verfahren in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit – Rechtsnatur, Antragsberechtigung, Form und Inhalt – Antrag unter Vorbehalt – Eingangszeitpunkt – Vertretung, Vollmachtsvermutung des Notars – Rücknahme – Gegenüberstellung von Antrag und Bewilligung, der „Gemischte Antrag“ – Rechtsfolgen des Antragsgrundsatzes: Beibringungsgrundsatz, Kosten – gerichtliche Aufklärungspflicht zur Stellung sachgerechter Anträge

7. Prüfungsumfang des Grundbuchamts

Zuständigkeiten, Gesetzesmäßigkeit der Eintragung (Legalitätsprinzip) – Eintragungsvoraussetzungen: Antrag, Bewilligung, dingliche Einigung – Verfahrensfähigkeit – Bewilligungsmacht und -befugnis, Bewilligung oder Auflassung durch Vertreter, Vollmachten (auch transmortal und postmortal), Nachweis und Form – Genehmigung, Vollmachtenbestätigung – gesetzliche Vertretung – Eintragungsfähigkeit – Bezeichnung des Grundstücks, Bestimmtheitsgrundsatz – Form der Eintragungsunterlagen: Öffentliche Urkunde, öffentlich beglaubigte Urkunde – Voreintragung des Betroffenen – Anteilsverhältnis mehrerer Berechtigter – Briefvorlage – öffentlich-rechtliche Bescheinigungen/Genehmigungen

8. Vormerkung gem. § 883 BGB sowie ihre Bedeutung im Rechtsverkehr und Wirtschaftsleben

Abhängigkeit vom zu sichernden Anspruch – Prüfungsumfang, Bezeichnung in der Bewilligung – Wirkung der Vormerkung – Vormerkung zur Sicherung des Eigentumsübertragungsanspruchs, Vormerkung zur Rangssicherung, Umschreibung der Vormerkungen – Erlöschen und Aufhebung – bedingte und künftige Ansprüche, Abgrenzung zu „Rechtsbedingungen“ – Sukzessivberechtigung – Abtretung eines mit Vormerkung gesicherten Anspruchs – Vorstellung einer Abwicklung einer Eigentumsübertragung auf

Grund Kaufvertrags im Wirtschaftsleben: Kaufvertrag, Auflassungs-/Eigentumsübertragungsvormerkung, Finanzierungsgrundpfandrecht auf Grund Vollmacht einschließlich Rangänderung bzw. Wirksamkeitsvermerk, Eigentumsübertragung und Löschung der Auflassungs-/Eigentumsübertragungsvormerkung

9. Entscheidungen des Grundbuchamts

Entscheidungspflicht als Folge des Antragsprinzips – Eintragung, Zwischenverfügung und Zurückweisung – typische Fälle der Zurückweisung bzw. Zwischenverfügung, Aufbau und Inhalt – Rangwahrung – Rechtsbehelfe, Beschwerdeverfahren: Verfahrensablauf: Abhilfe bzw. Nichtabhilfe – Aufklärungs-/Hinweisverfügung – Vormerkung und Widerspruch gem. § 18 Abs. 2 GBO: Sinn, Zweck – Rangsisicherung, existentielle Konkurrenz, Eintragung unter Vorbehalt – Abgrenzung zur Vormerkung gem. § 883 BGB

10. Einrichtung des Grundbuches

Grundbuchverfügung – Real- und Personalfolium – Grundbucheintragungen, Eintragungsverfügungen, Mitteilungspflichten – Bewilligung zur Eintragung einer Hypothek, Hypothekeneintragung, Bezugnahme auf die Bewilligung, Hypothekenbrief – dingliche Unterwerfung

11. Rang

Entscheidungsreihenfolge, Ränge, Bedeutung des Ranges in der Vollstreckung – die formale Rechtskraft der Eintragung – Rangänderung – Rangvorbehalt: Rechtsnatur, Gegenstand des Vorbehalts, vorbehaltenes Recht, Ausnutzung – Prüfungsumfang – Erlöschen, Aufhebung – Beschränkung auf einmalige Ausübung – Abgrenzung zur Rangsisicherungsvormerkung

12. Rückzahlung der Forderung

Erlöschensgründe von Schuldverhältnissen, Auswirkung auf Hypothek, gesetzliche Übergänge – Vergleich mit entsprechender Sicherung durch Grundschuld – Erlöschensstatbestände der dinglichen Belastung – Aufhebung, Verzicht – Löschungsbewilligung, löschungsfähige Quittung – Rückzahlungsmodalitäten von Darlehensforderungen: Fälligkeits-, Kündigungs- und Tilgungshypothek, Abzahlungshypothek – grundbuchmäßige

Behandlung der Tilgungshypothek – Teilrückzahlung, -löschung, Teileigentümergrundschild – Vergleich mit entsprechender Situation bei der Sicherungsgschuld – Gesetzlicher Lösungsanspruch – Löschungsvormerkung – Rückgewähranspruch der Grundschild, Sicherung dieses Anspruchs durch Vormerkung, Abtretung, Verpfändung

Zwangsvollstreckungsrecht

128 LVS

Vorbemerkung

Innerhalb der Lehrveranstaltungen sollen die Studierenden theoretische Kenntnisse erlangen, welche für den Aufgabenbereich der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers in den Verfahren des Zwangsvollstreckungsrechts des 8. Buchs der Zivilprozessordnung (ZPO) notwendig sind, um diesen selbständig wahrzunehmen.

Dabei sollen sie insbesondere ein fundiertes Wissen über die allgemeinen und besonderen Vollstreckungsvoraussetzungen erwerben.

Außerdem sollen die Studierenden das Wesen der Zwangsvollstreckung in Forderungen, Herausgabeansprüche und andere Vermögensrechte kennenlernen und befähigt werden, dieses erlangte Wissen in praktischen Fällen anzuwenden.

Die Studierenden sollen hierbei insbesondere die Thematik der Pfändung von Arbeits-einkommen mit den entsprechenden Schutznormen vermittelt erhalten.

Ihnen ist zudem ein Überblick über die Vollstreckung in körperliche Sachen und über das Verfahren der Vermögensauskunft zu verschaffen. Auch sind sie mit den Vorschriften des Schuldnerschutzes und den einzelnen Rechtsbehelfswegen vertraut zu machen.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Einführung in das Vollstreckungsrecht

Unterschied zwischen Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren – Arten von Urteilen – vollstreckungsfähiger Inhalt von Vollstreckungstiteln

2. Struktur des Vollstreckungsrechts

Vollstreckungsarten, Vollstreckungsgegenstände, Vollstreckungsorgane – Sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit – Vollstreckungsantrag und -auftrag – Ausschluss von Vollstreckungsorganen

3. Die allgemeinen Vollstreckungsvoraussetzungen

Vollstreckbare Endurteile – Rechtskraft- und Notfristzeugnis – vorläufige Vollstreckbarkeit ohne und mit Sicherheitsleistung – Arten der Sicherheitsleistung – Sicherungsvollstreckung – weitere Titel innerhalb und außerhalb der ZPO – Verfahren zur Erteilung von einfachen und qualifizierten Vollstreckungsklauseln – Identität der Parteien mit den im Titel bezeichneten Personen – das Zustellungsverfahren der ZPO als Vollstreckungsvoraussetzung

4. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen

Vollstreckungsbeginn – Sicherheitsleistung – Wartefristen – Zug-um-Zug Leistungen

5. Grundzüge der Forderungspfändung

Zuständigkeit – Verfahren – Prüfungsschema – Wirksamwerden der Pfändung – Rechtsnatur und Wirkung der Pfändung – Arten der Überweisung – Pflichten des Schuldners – die Hilfspfändung – Pflichten des Drittschuldners – vorläufiges Zahlungsverbot – Ränge mehrere Gläubiger – andere Verwertungsarten

6. Pfändung von Arbeitseinkommen wegen gewöhnlicher und privilegierter Forderung

Begriff des pfändbaren Einkommens – Pfändungsfreibeträge – unpfändbare Bezüge – bedingt pfändbare Bezüge – Vorrats- und Dauerpfändung – Zusammenrechnung mehrerer Einkommen – Mehrfachpfändung – Pfändung von Sozialleistungen – Pfändung einmaligen Arbeitseinkommens – Pfändungsschutzkonto

7. Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in weitere Forderungen und andere Vermögensrechte

Pfändung wiederkehrender Leistungen wie Miete/Pacht – Pfändung gegenüber Lebensversicherungen, Finanzämtern etc. – Pfändung anderer Vermögensrechte, Pfändung unveräußerlicher Rechte

8. Tätigkeiten des Rechtspflegers im Bereich der Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen

Austauschpfändung - Antrag auf andere Art der Verwertung

9. Das gerichtliche Verteilungsverfahren

Hinterlegungsfälle in der Zwangsvollstreckung – Zusammentreffen von Abtretung und Pfändung – Verfahrensablauf

10. Die Herausgabevollstreckung

Pfändung des Anspruchs auf Herausgabe beweglicher oder unbeweglicher Sachen – Vollstreckung eines Herausgabetitels hinsichtlich beweglicher oder unbeweglicher Sachen. Wirkung eines Räumungstitels gegenüber Dritten – Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO

11. Das Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft

Voraussetzungen – Verfahrensgang – Abgrenzung der funktionellen Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers zu der des Rechtspflegers – Vermögensverzeichnis – Schuldnerverzeichnis – Einwendungen und Rechtsbehelfe

12. Der Arrest

Arrestverfahren – Vollstreckungsorgane – Vollziehung des Arrestes – Rechtsbehelfe – Aufhebung des Arrestes – Abgrenzung zur einstweiligen Verfügung – einstweilige Verfügung als Vollstreckungstitel

13. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Vollstreckungsverfahren

Erinnerung gegen die Art und Weise der Zwangsvollstreckung – Sofortige Beschwerde gegen Entscheidungen im Vollstreckungsverfahren – Vollstreckungsabwehrklage – Drittwiderspruchsklage – Klage auf vorzugsweise Befriedigung – Einstellungsmöglichkeiten durch das Prozess- und Vollstreckungsgericht – Verwertungshindernis bei Veräußerungsverbot

14. Der Tod des Schuldners

Tod des Schuldners vor und nach Beginn der Zwangsvollstreckung – Zwangsvollstreckung vor und nach Annahme der Erbschaft – Zustellung und Klausel – Nachlasspfleger und besonderer Vertreter – Einrede des Erben – Haftungsvorbehalt – Zwangsvollstreckung bei Testamentsvollstreckung

15. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen

Vertretbare und unvertretbare Handlungen – Vollstreckungsverfahren, Ersatzvornahme, Kostenvorauszahlung, Zwangsgeld und Zwangshaft – die eidesstattliche Versicherung nach bürgerlichem Recht – Urteile zur Abgabe einer Willenserklärung – Verfahren zur Erzwingung von Duldungs- und Unterlassungspflichten

16. Zwangsvollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts

Nachlassrecht

176 LVS

Vorbemerkung

Den Studierenden sollen die für die Tätigkeit der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers im Nachlassgericht notwendigen Grundkenntnisse vermittelt werden, damit die anschließende berufspraktische Ausbildung möglichst effektiv gestaltet werden kann. Dazu soll den Studierenden Kenntnis vermittelt werden über die bedeutsamen Prinzipien, Regelungen und Institute des Nachlassrechts im Rahmen der Gesamtrechtsordnung. Hierbei sind auch die systematischen Zusammenhänge mit anderen Rechtsgebieten zu vermitteln. Dabei soll die verfassungsrechtliche Institutionsgarantie des Erbrechts berücksichtigt und seine wirtschaftliche Bedeutung, der sozialpolitische Stellenwert und die Funktion des Erbrechts verdeutlicht werden.

Die für das Nachlassverfahren maßgeblichen Verfahrensmaximen und -regeln sollen nicht nur kennen gelernt, sondern durch stete Einübung möglichst verfügbares Methodenwissen der Studierenden werden.

Bloße abstrakte Wissensvermittlung ist zu vermeiden. Stattdessen sollen die Lehrveranstaltungen ihren wissenschaftlichen Inhalt in der Regel aus typischen Lebenssachverhalten entwickeln, welche sowohl die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der daran Beteiligten als auch die Möglichkeiten und Grenzen der rechtlichen Realisierung aufzeigen. Die Lehrgegenstände sollen in der Regel so behandelt werden, dass die formell-rechtlichen Belange im unmittelbaren Zusammenhang mit der materiellen Rechtslage erörtert werden. Damit die Studierenden ein möglichst anschauliches Bild von der Tätigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers am Nachlassgericht erhalten und bereits Erfahrungen in der praktischen Umsetzung der inhaltlichen Probleme gewinnen, soll den Studierenden möglichst oft Gelegenheit für arbeitstechnische Übungen geboten werden; dabei sind die kostenrechtlichen Fragen im Überblick mit einzubeziehen, die ausführliche Behandlung dieses Bereiches bleibt jedoch der berufspraktischen Ausbildung vorbehalten.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Einführung in das Erbrecht

Erbrechtliche Grundprinzipien – gewillkürte Erbfolge und gesetzliche Erbfolge – Abgrenzung zum Gesellschaftsrecht

2. Einführung in das Nachlassverfahren

Die Tätigkeiten der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers beim Nachlassgericht – Zuständigkeiten

3. Gesetzliches Erbrecht der Verwandten

Ordnungssystem – Erbfolge nach Stämmen – Repräsentationsprinzip – Eintrittsrecht – Gradualsystem ab der vierten Ordnung

4. Gesetzliches Erbrecht der Ehegatten und eingetragener Lebenspartner

Erbeil des Ehegatten – Besonderheiten bei Gütertrennung und Zugewinnngemeinschaft – Ausschluss des Ehegattenerbrechts – gesetzliche Vermächtnisse: Voraus des Ehegatten und Unterhalt der werdenden Mutter eines Erben – eingetragene Lebenspartnerschaften

5. Erbrechtliche Stellung nichtehelicher Kinder

Intertemporäre Rechtsstellung des nichtehelichen Kindes: NEhelG, ErbGleichG Überleitungsregelungen

6. Erbrechtliche Besonderheiten bei der Annahme als Kind

Volladoption – Volljährigenadoption – die Übergangsregelung des Art. 12 Gesetz über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften (Adoptionsgesetz)

7. Staat als gesetzlicher Erbe

Feststellung des Staatserbrechts – Verfahren

8. Verfügungen von Todes wegen

Testierfähigkeit – Schranken der Testierfreiheit – ordentliche Testamente – außerordentliche Testamente – Grundsatz der höchstpersönlichen Errichtung – Zentrales Testamentsregister – Behandlung im Nachlassverfahren: Pflicht zur Ablieferung letztwilliger Verfügungen, Zwangsmaßnahmen des Nachlassgerichts, besondere amtliche Verwahrung, Herausgabe aus der besonderen amtlichen Verwahrung, Eröffnung letztwilliger Verfügungen, Besonderheiten bei der Eröffnung gemeinschaftlicher Testamente und Erbverträge – Widerruf – unwirksame und anfechtbare letztwillige Verfügungen – Kosten

9. Testamentsauslegung

Methoden der Auslegung von Verfügungen von Todes wegen: Erläuternde/ergänzende Auslegung – gesetzliche Auslegungsregeln – Ersatzerben: explizite und implizite Berufung – Erhöhung und Anwachsung

10. Vor- und Nacherbfolge

Struktur und Erscheinungsformen – Besonderheiten bei der Auslegung – Rechtsstellung des Vorerben – Rechtsstellung des Nacherben – Ersatznacherbfolge – Nacherbenvermerk im Grundbuch

11. Pflichtteilsrecht

Voraussetzungen und Inhalt – Berechnung – Pflichtteilsrestanspruch – Pflichtteilsergänzungsanspruch – Berechnung des Pflichtteils bei der Zugewinnngemeinschaft – Anrechnung und Ausgleichung – Beschränkungen und Beschwerden – Stundung des Pflichtteilsanspruchs – Kosten

12. Auflagen

Rechtsnatur – Vollziehungsberechtigter – Haftung des Beschwerten

13. Vermächtnisse

Vermächtnisarten – Leistungsstörungen beim Vermächtnis – Ausschlagung – Haftung des beschwerten Erben oder Vermächtnisnehmers

14. Testamentsvollstreckung

Aufgaben des Testamentsvollstreckers – rechtliche Stellung des Testamentsvollstreckers u. a. im Verhältnis zu den Erben – Verwertung und Auseinandersetzung des Nachlasses – Verfügungen des Testamentsvollstreckers – Testamentsvollstreckerzeugnis – Entlassung des Testamentsvollstreckers – Kosten

15. Erbschein und Erbscheinsverfahren

Arten des Erbscheins – Struktur und Inhalt des Erbscheins – Verfahren zur Erlangung des Erbscheins: Antragsberechtigung, Zuständigkeiten, Beteiligte, Aufgebotsverfahren, Feststellung der Tatsachen durch Beschluss, Bekanntgabe des Beschlusses, Rechtsmittel – Kosten – weitere Erbnachweise wie z. B. das Europäische Nachlasszeugnis, ausländische Erbscheine und Verfügungen von Todes wegen – elektronische Aktenführung

16. Einziehung und Kraftloserklärung des Erbscheins

Öffentlicher Glaube des Erbscheins – Behandlung des unrichtigen Erbscheins – Kosten

17. Annahme und Ausschlagung der Erbschaft

Anfall der Erbschaft – Rechtsstellung des vorläufigen Erben – Rechtsnatur der Ausschlagung, Wirkungen – Anfechtung von Ausschlagung und Annahme – Ausschlagung durch gesetzliche Vertreter natürlicher Personen – Vererblichkeit des Ausschlagungsrechts – besondere örtliche Zuständigkeit – Kosten

18. Gemeinschaftliches Testament

Einheitslösung – Trennungslösung – Prinzip der Wechselbezüglichkeit – Wiederverheirathungsklausel – Aufhebung des gemeinschaftlichen Testaments – Fassung des Erbscheins

19. Erbvertrag

Errichtung, Inhalt und Wirkung – Aufhebung

20. Erbverzicht

Erbverzicht und Abfindung

21. Erbunwürdigkeit

22. Miterbengemeinschaft

Erbengemeinschaft als Gesamthandsgemeinschaft – Rechtsstellung der einzelnen Miterben und der Erbengemeinschaft – Verfügung über den Miterbenanteil, Kauf, Vorkaufsrecht, Formbedürftigkeit, Kosten – Verwaltung des Nachlasses durch die Miterben – Auseinandersetzung des Nachlasses

23. Erbfolge mit Auslandsberührung

Grundzüge des internationalen Privatrechts – Anwendung deutschen bzw. ausländischen Erbrechts – die internationale Zuständigkeit des Nachlassgerichts – Zuständigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers – Europäische Erbrechtsverordnung und Durchführungsvorschriften – gemischt-nationale Ehen: Divergenz zwischen Erbrecht und Güterrecht, Testamentserrichtung

24. Besonderheiten in Bezug auf das Beitrittsgebiet der ehemaligen DDR

Gesetzliches Erbrecht – Errichtung und Widerruf letztwilliger Verfügungen – Güterrecht – Annahme als Kind – nichteheliche Kinder – Nachlassspaltung

25. Nachlasssicherung

Voraussetzung für das Tätigwerden des Nachlassgerichtes – Maßnahmen zur Sicherung des Nachlasses – Nachlasssicherung in Zusammenwirken mit den öffentlichen Hilfsorganen – Nachlasspflegschaft: rechtliche Stellung des Nachlasspflegers, Aufsicht durch das Nachlassgericht, Aufwendungsersatz und Vergütung, Aufhebung der Nachlasspflegschaft, Abgrenzung zur Abwesenheitspflegschaft – besondere örtliche Zuständigkeit – Kosten

26. Haftung des Erben für Nachlassverbindlichkeiten

Arten der Nachlassverbindlichkeiten – Grundsatz der unbeschränkten Haftung – Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung – Inventarerrichtung, Durchführung, Wirkungen – Versicherung des Erben an Eides Statt zu Protokoll des Nachlassgerichts – Aufgebot zur Ausschließung von Nachlassgläubigern – Nachlassverwaltung: Anordnung der Nachlassverwaltung, Voraussetzungen, Wirkungen – Auswahl des Nachlassverwalters – Rechtsstellung des Nachlassverwalters, Sachpflegschaft – Aufsicht durch das Nachlassgericht – Vergütung – Abgrenzung zum Nachlassinsolvenzverfahren

27. Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf den Todesfall

Vertrag zu Gunsten Dritter auf den Todesfall – trans- bzw. postmortale Auftragsvollmacht

28. Erbschaftsteuer

Grundstrukturen der Erbschaftsbesteuerung – steuerpflichtiger Erwerb – Steuerklassen – Steuertabelle – Freibeträge – Steuerbefreiungen – Versorgungsfreibetrag – Steuerpflichten der Nachlassvermögensverwalter – Aufklärungspflichten des Nachlassgerichts

29. Verschollenheit

Todeserklärungs- und Todeszeitfeststellungsverfahren

Familien- und Betreuungsrecht

220 LVS

Vorbemerkung

Die Lehrstoffvermittlung soll den Studierenden sichere Grundlagen über das gesamte Familienrecht in materieller und formeller Hinsicht geben, ihnen die fachübergreifende Bedeutung dieses Rechtsgebietes zeigen und sie in den notwendigen Rechtsanwendungstechniken für den angestrebten Beruf schulen.

Um die Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers in diesen Rechtsgebieten zuverlässig erfüllen zu können, wird das Recht der elterlichen Sorge, das Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht gründlich erarbeitet. Im Betreuungsrecht werden die materiellen Grundlagen vermittelt und das von der Rechtspflegerin oder dem Rechtspfleger zu beachtende Verfahrensrecht vorgestellt.

Die Studierenden werden mit den Grundsätzen des Unterhaltsrechts, dem Verfahren der Unterhaltsfestsetzung und mit der Änderung von Unterhaltstiteln vertraut gemacht. Die Behandlung des Ehe-, Güter- und Abstammungsrechts vermittelt die für andere Rechtsgebiete, vor allem das Grundbuch-, Zwangsvollstreckungs- und Nachlassrecht benötigten Rechtskenntnisse.

Der mit dem FamFG eingeführten umfassenden Zuständigkeit des Familiengerichts soll mit einer geschlossenen Darstellung des Verfahrensrechts des FamFG besonders Rechnung getragen werden. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Darstellung der Systematik und dem allgemeinen Teil des FamFG. Dabei werden die verfahrensrechtlichen Grundsätze vorgestellt und die verschiedenen spezifischen verfahrensrechtlichen Begriffe erarbeitet. Die Berührungspunkte zu den weiteren Pflichtfächern der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden aufgezeigt. Zusätzlich wird das Verfahrensrecht in dem jeweiligen materiell-rechtlichen Zusammenhang der einzelnen Familiensachen vertieft.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Familien und Familienrecht – historisch, soziologisch, rechtlich

Grundrechtsgarantien – internationales Privatrecht

2. Familienrechtliche Rechtsverhältnisse

Verwandtschaft – Schwägerschaft

3. Abstammung

Rechtliche Mutterschaft – rechtliche Vaterschaft, insbesondere Anerkennung der Vaterschaft - Anfechtung der Vaterschaft - Besonderheiten bei der Abstammung

4. Allgemeine Wirkungen des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kind

Name der Eltern, Vorname und Familienname des Kindes, Namenserteilung und Namensänderung – Staatsangehörigkeit – Wohnsitz – Dienstleistungspflichten des Kindes im Geschäft und Haushalt der Eltern – Schenkungsvermutung und Ausstattung

5. Elterliche Sorge

Begriff und inhaltliche Ausgestaltung im Privat- und Verfassungsrecht – Kindeswohl: Prinzip und Elternverantwortung – Erwerb der elterlichen Sorge kraft Gesetzes, durch Erklärung oder aufgrund gerichtlicher Entscheidung – gemeinsame Sorge/Alleinsorge – Beistandschaft – Auskunftsansprüche – Einschränkung der elterlichen Sorge durch Heirat des Kindes – staatliche Unterstützung der Sorgeberechtigten durch Familiengericht und Jugendamt – Versagen der Eltern – Maßnahmen des Familiengerichts – Grundsätze des geringsten möglichen Eingriffs und der Verhältnismäßigkeit – Familienpflege – Unterbringung des Kindes mit Freiheitsentzug – Sorgerecht nach Trennung oder Scheidung – Änderung, Ruhe und Beendigung der elterlichen Sorge – Sorgebefugnisse von Bezugspersonen

6. Gesetzliche Vertretung

Begriff – Gesamt- und Alleinvertretung – Grenzen der elterlichen Vertretung, Interessenkollisionen, In-sich-Geschäfte, Vertretungsverbote – Gesetz zur Beschränkung der Haftung Minderjähriger – Genehmigungspflichtige Rechtsgeschäfte – Verhinderung der Vertretungsbefugten – Entzug der Vertretungsmacht

7. Vermögenssorge

Begriff und Inhalt – Fremdnützigkeit – Verwaltungsanordnungen des Zuwenders – Gefährdung des Kindesvermögens

8. Ansprüche zwischen Eltern und Kind

Umgangs-, Auskunfts- und Herausgaberecht – Haftungsfragen

9. Kindschaftsrecht und internationales Privatrecht

Zuständigkeit deutscher Gerichte, Anwendung deutschen oder internationalen Rechts, Ordre public – Europarechtliche und staatsvertragliche Regelungen, Minderjährigenschutzabkommen – Sorgerechtsübereinkommens-Ausführungsgesetz, Haager Übereinkommen

10. Adoption Minderjähriger

Problemeinführung und Rechtsquellen – allgemeine Adoptionsvoraussetzungen – Adoptionspflege, Einwilligungserfordernisse, Wirkung der Einwilligung eines Elternteils – Adoptionsverfahren – Aufgaben und Beteiligung der Adoptionsvermittlungsstellen – Rechtsfolgen der Adoption – Schutz des Adoptionsgeheimnisses – Aufhebung der Adoption

11. Adoption Volljähriger

Adoptionsvoraussetzungen – Rechtsfolgen der Adoption – Aufhebung der Adoption

12. Ehe

Begriff und Rechtsnatur – Verlöbnis – Grundsatz der obligatorischen Zivilehe – Eheschließungserfordernisse, Nichtehe, Eheverbote, Eheschließungshandlung, Funktion des Standesbeamten

13. Eingetragene Lebenspartnerschaft

Begründung und Wirkungen der Lebenspartnerschaft – Getrenntleben der Lebenspartner –
Aufhebung der Lebenspartnerschaft

14. Fehlerhafte Ehe

Tatbestände der aufhebbaren Ehe – Aufhebungsverfahren – Aufhebungsfolgen – Heilung
aufhebbarer Ehen

15. Allgemeine Rechtswirkungen der Ehe

Eheliche Lebensgemeinschaft – Ehe- und Familienname – Wohnsitz – relevante Vor-
schriften des internationalen Privatrechts – Mitbenutzung von Hausrat und Wohnung –
Eheschutz, Herstellungs-, Schadensersatz-, Beseitigungs- und Unterlassungsklage –
Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit – Pflicht zur Mitarbeit im Betrieb bzw. Berufs-
bereich des Ehegatten

16. Vermögen der Ehegatten

Vermögensrechtliche Ehwirkungen – Eigentumsvermutungen – Geschäfte zur Deckung
des Lebensbedarfs der Familie – Haftung und Haftungsmaßstab

17. Ehegatten- und Familienunterhalt

Allgemeine Unterhaltsgrundsätze und Besonderheiten beim Unterhalt bei intakter Ehe –
Folgen der Unterhaltspflichtverletzung – gesetzlicher Übergang des Unterhaltsanspruchs
auf den Träger der Sozialhilfe

18. Gerichtliche Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen zwischen Ehegatten

Grundzüge des Familienprozessrechts unter besonderer Beachtung des ehelichen Unter-
haltsrechts – Ehe- und Familiensachen, Familienstreitsachen – Anwaltszwang – Lei-
stungs- und Stufenantrag – Auskunftsanspruch – einstweiliger Rechtsschutz – Abände-
rungsantrag und negative Feststellung – Abgrenzung der Rechtsschutzmöglichkeiten bei
den einzelnen Vollstreckungstiteln

19. Getrenntleben und Beendigungstatbestände der Ehe

Begriff und Rechtswirkungen des Getrenntlebens – Unterhaltsanspruch – unterhaltsrechtliche Leitlinien der Oberlandesgerichte – Verteilung des Hausrats und Regelungen bzgl. der ehelichen Wohnung – sonstige vermögensrechtliche Konsequenzen

20. Ehescheidung

Scheidungsmonopol des Staates – Scheidungsgründe – Scheidungsfolgen

21. Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen

Gerichtliche Maßnahmen – einstweiliger Rechtsschutz – Antrag – Opferschutzrichtlinie

22. Verwandtenunterhalt

Bedürftigkeit – Leistungsfähigkeit – Umfang – Mehrzahl von Unterhaltsberechtigten und -verpflichteten – Besonderheiten bei der Unterhaltsgewährung zwischen Eltern und Kindern

23. Durchsetzung des Kindesunterhaltsanspruchs

Bestimmungsrecht der Eltern über die Art der Unterhaltsgewährung – Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder bei Getrenntleben der Eltern – Dynamisierung des Unterhaltsanspruchs, Anrechnung kindbezogener Leistungen – Titulierung des Anspruchs – Abänderung von Unterhaltstiteln – Vollstreckung ausländischer Entscheidungen (Bundesamt für Justiz)

24. Vereinfachtes Verfahren zur Festsetzung von Kindesunterhalt

25. Allgemeines Verfahrensrecht FamFG und Besonderheiten in Familien-, Betreuungssachen und betreuungsgerichtlichen Zuweisungssachen

Grundzüge des FamFG-Verfahrens – Verfahrensarten – Beteiligte – Ermittlung von Amtswegen – Grundsätze der Verfahrensleitung – Anhörungen – Entscheidungen – Rechtsmittel und Rechtsbehelfe – Begriff der Familien-, Kindschafts- und Betreuungssachen – Verfahrensbeistand und Verfahrenspfleger – Kosten

26. Güterstände des Bürgerlichen Gesetzbuches

Die Güterstände des BGB im Überblick – kurze Darstellung der historischen Entwicklung des Güterrechts – Übergangsvorschriften des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, GleichberG, Hinweise auf das Familiengesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik und das internationale Privatrecht

27. Gesetzlicher Güterstand der Zugewinnngemeinschaft

Vermögensmassen der Zugewinnngemeinschaft einschließlich der Besonderheiten beim Hausrat – Vermögensverwaltung – Grundsatz der selbständigen Vermögensverwaltung – Einschränkung der Verfügungsmacht der Ehegatten

28. Beendigung der Zugewinnngemeinschaft

Beendigungstatbestände: Scheidung der Ehe, rechtskräftiges Urteil auf vorzeitigen Zugewinnausgleich, Abschluss eines Ehevertrages, rechtskräftige Aufhebung der Ehe, Tod eines Ehegatten – Ausgleich des Zugewinns – Einrede der groben Unbilligkeit, Stundung der Ausgleichsforderung, Übertragung von Gegenständen

29. Wahlgüterstände durch Ehevertrag

Gütertrennung – Gütergemeinschaft – Wahlzugewinnngemeinschaft

30. Güterrechtsregister

Eintragungsverfahren – eintragungsfähige Tatsachen – insbes. Ausschluss, Beschränkung und Ruhen der „Schlüsselgewalt“ – Wirkungen der Eintragung

31. Vormundschaft

Begriff – Voraussetzungen – Berufung, Übergehungstatbestände, Auswahl zum Vormund, Übernahmepflicht, Bestellung des Vormundes, Rechtsbehelfe, Verpflichtung, Bestallungsurkunde – Mitvormund, Gegenvormund, befreite Vormundschaft, Vereinsvormundschaft, Amtsvormundschaft – Eilmaßnahmen des Familiengerichts

32. Rechtsstellung des Vormunds

Elterliche Sorge als Vorbild, Personensorge, Vermögenssorge, gesetzliche Vertretung – Haftung des Vormundes – im Vergleich dazu: Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen des Familienrichters/-rechtspflegers, Regress nach Beamtenrecht

33. Aufgaben des Vormunds im Bereich der Vermögenssorge

Inbesitznahme – Inventarisierung – Verwaltung: Fremdnützigkeit, Geldanlage, insbes. verzinsliche Anlegung, mündelsichere Anlageformen, andersartige Anlegung, Genehmigungen des Familiengerichts – allgemeine Ermächtigung

34. Aufsicht des Gerichts

Grundsatz der selbständigen Führung der Vormundschaft, Unterstützung und Beratung – Berichtspflicht – Rechnungslegung – Eingreifen bei Pflichtwidrigkeiten: Maßnahmen des Gerichts insbes. Zwangsgeld und Entlassung des Vormunds

35. Gerichtliche Genehmigung

Innen-/Außengenehmigung – Vor-/Nachgenehmigung – Abstraktionsprinzip – Genehmigungstatbestände – Kosten

36. Genehmigungsverfahren

Umfang der Prüfungspflicht materieller und formeller Art – Genehmigung unter Auflage/Bedingung – Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts bei einseitigen/zweiseitigen Rechtsgeschäften

37. Genehmigung von Grundstücksgeschäften

Genehmigungstatbestände – Doppelvollmacht des Notars – Erwerb eines Grundstücks: entgeltlicher/unentgeltlicher Erwerb – Problem Elternschenkung

38. Gerichtliche Genehmigung für andere Rechtsgeschäfte

Erörterung der Genehmigungstatbestände, insbesondere des BGB

39. Beendigung der Vormundschaft

Beendigung kraft Gesetzes und durch Aufhebung – Beendigung des Amtes, Entlassung des Vormundes – Abwicklungspflichten

40. Pflegschaften

Arten der Pflegschaften – Wesen: Personenpflegschaften, Sachpflegschaften – Abgrenzung zur Vormundschaft und Betreuung – Anwendbarkeit der Vorschriften über die Vormundschaft – Beendigung der Pflegschaft

41. Einführung in das Betreuungsrecht

Ziele des Betreuungsrechts – Voraussetzungen für die Bestellung eines Betreuers – Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen – Kontrollbetreuung

42. Rechtsfolgen der Betreuerbestellung

Aufgaben und Befugnisse des Betreuers – Einschränkung der Vertretungsmacht, gerichtliche Genehmigungen – Pflichten gegenüber dem Betreuten, Haftung bei Pflichtverletzung auch gegenüber Dritten – Der Betreuer als Vertreter des Betreuten in außergerichtlichen und gerichtlichen Angelegenheiten – Auswirkungen der Betreuerbestellung auf die Handlungsfähigkeit des Betreuten, Einwilligungsvorbehalt

43. Ärztliche Maßnahmen und freiheitsentziehende Unterbringung

Befugnisse des Betreuers bei ärztlichen Maßnahmen, gerichtliche Genehmigung – Sterilisation – Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen, öffentlich-rechtliche Unterbringung – Anwendung von Zwang auch in anderen Bereichen der Betreuertätigkeit

44. Verfahren zur Bestellung von Betreuern

Zuständigkeiten – Gang des Verfahrens: Verfahrenspfleger, Anhörungs- und Beteiligungsrechte, Betreuungsbehörde – Vereins- und Behördenbetreuer, Vereins- und Behördenbetreuung – Mehrheit von Betreuern – Bekanntmachung und Wirksamkeit von Entscheidungen, Rechtsmittel

45. Maßnahmen des Betreuungsgerichts vor und nach der Bestellung eines Betreuers

Vorläufige Maßnahmen – Aufhebung und Verlängerung der Betreuerbestellung – Entlassung von Betreuern, Zuständigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers bei der Entlassung und Neubestellung eines Betreuers

46. Verfahren nach Anordnung

Verpflichtung – Einführungsgespräch – Aufsicht des Gerichts, Anwendung des Vormundschaftsrechts – befreite Betreuung – Abwicklungspflichten des Betreuers – Kosten

47. Auslagen und Vergütung des Betreuers

Aufwendungsersatz/Aufwandsentschädigung – Vergütung – Ersatz aus der Staatskasse, Begriff der Mittellosigkeit, Festsetzung gegen die Staatskasse – Besonderheiten bei Vereins-/Behördenbetreuern, Verein/Behörde als Betreuer – Beteiligung des Verfahrenspflegers

Grundlagen des Zivilrechts

110 LVS

Vorbemerkung

Gegenstand, Schwerpunkte

Zivilrecht und Zivilgerichtsbarkeit als Teil der Gesamtrechtsordnung und des Gerichtssystems; Einfluss von Europarecht; Grundprinzipien der Methodenlehre sowie der juristischen Arbeitsweise und Fallbearbeitung; Kernbereiche des BGB Allgemeiner Teil, Schuldrecht und Mobiliarsachenrecht mit Bezügen zur gerichtlichen Durchsetzung von Ansprüchen; Zivilrechtsnormen außerhalb des BGB mit Grundzügen des Handels- und Gesellschaftsrechts

Ziele, Kompetenzen

Erwerb der für die Tätigkeit des Rechtspflegers erforderlichen Grundkenntnisse im Allgemeinen Teil, Schuldrecht und Mobiliarsachenrecht einschließlich der Grundzüge des Handels- und Gesellschaftsrecht sowie der Fähigkeit, den Inhalt von Zivilrechtsnormen zu erfassen und methodisch korrekt sachverhaltsbezogen zu subsumieren. Durch exemplarisches Lernen soll für die Tätigkeit des Rechtspflegers am Arbeitsplatz umsetzbar die Kompetenz erworben werden, komplexe Sachverhalte strukturiert und problemorientiert zu bearbeiten und auch unbekannte Rechtsfragen eigenständig einer sachgerechten Lösung zuzuführen.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Einführung in das Lehrgebiet Grundlagen des Zivilrechts

Begriff und Funktion des Privatrechts – allgemeines Privatrecht und Sonderprivatrecht – Privatrecht als Teil der Gesamtrechtsordnung – Entstehen und Erscheinungsformen von Rechtsnormen – Entstehungsgeschichte, Grundgedanken und Gliederung des Bürgerlichen Gesetzbuches

2. Rechtsgeschäfte

Rechtsgeschäfte als Mittel autonomer Gestaltung der Lebensverhältnisse – Überblick über die Arten von Rechtsgeschäften – Zustandekommen von Verträgen, Angebot und Annahme als Willenserklärung, der äußere und innere Tatbestand von Willenserklärungen, Abgabe und Zugang, Bindungswirkung und Erlöschen des Angebots – Willensmängel, Dissens, Anfechtung von Willenserklärungen und ihre Folgen – Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen – Abstraktionsprinzip

3. Verfügungen, Eigentum und Besitz

Begriff, Inhalt und Formen von Eigentum und Besitz – rechtsgeschäftlicher Erwerb des Eigentums an beweglichen Sachen, originärer Eigentumserwerb – Schutz von Eigentum und Besitz im Überblick, insbesondere der Herausgabeanspruch des Eigentümers, Besitzschutzansprüche bei verbotener Eigenmacht, Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche

4. Rechts- und Geschäftsfähigkeit

Rechtsfähigkeit natürlicher und juristischer Personen, Rechtsstellung des „nasciturus“ – Geschäftsfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit – Beteiligung beschränkt Geschäftsfähiger an einseitigen und mehrseitigen Rechtsgeschäften – geschäftsähnliche Handlungen beschränkt Geschäftsfähiger, Erfüllung gegenüber beschränkt Geschäftsfähigen – Partei-, Prozess- und Postulationsfähigkeit – Natürliche und juristische Person – Überblick über die Gesellschaftsformen – Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) und der Personenhandelsgesellschaften – Geschäftsführung und Vertretung bei der GbR, den Personenhandelsgesellschaften und den Kapitalgesellschaften – Unterschied zwischen organschaftlicher und rechtsgeschäftlicher

Vertretung – Prokura und Handlungsvollmacht – persönliche Haftung und Haftungsbeschränkung – Bedeutung und Funktion des Handelsregisters vor dem Hintergrund des § 15 HGB (jeweils nur Grundzüge)

5. Stellvertretung

Voraussetzung wirksamer Stellvertretung bei der Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen – Vertretungsmacht aufgrund Gesetzes und Rechtsgeschäfts – Vollmacht, Erteilung und Erlöschen, Arten und Umfang von Vollmachten, Duldungs- und Anscheinsvollmacht – Beschränkungen des Vertreters beim Selbstkontrahieren – Rechtsfolgen des Fehlens bzw. Überschreitens und des Missbrauchs der Vertretungsmacht

6. Formbedürftigkeit von Rechtsgeschäften

Arten gesetzlicher Formerfordernisse und deren Funktion – gesetzliche und gewillkürte Schriftform, elektronische Form, Textform, notarielle Beurkundung, öffentliche Beglaubigung – Voraussetzung der Einhaltung der Form – Heilung von Formmängeln, Formnichtigkeit, Formverstöße und der Grundsatz von Treu und Glauben – Stellvertretung bei formbedürftigen Rechtsgeschäften

7. Vertragsfreiheit und ihre Grenzen

Abschluss- und Gestaltungsfreiheit – Einschränkungen der Vertragsfreiheit durch zwingendes Recht, verbots- und sittenwidrige Rechtsgeschäfte, Veräußerungsverbote – Formen der Unwirksamkeit von Rechtsgeschäften, Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung nichtiger Rechtsgeschäfte

8. Erlöschen von Schuldverhältnissen

Erfüllung, Annahme an Erfüllungs Statt und erfüllungshalber – Leistung unter Beteiligung eines Kreditinstitutes – Hinterlegung, Aufrechnung, Erlassvertrag, Aufhebungsvertrag und Zeitablauf – Wirkung von Kündigung und Rücktritt

9. Allgemeines Leistungsstörungsrecht

Einrede des nichterfüllten Vertrages und allgemeines Zurückbehaltungsrecht – Unmöglichkeit der Leistung – Schuldner- und Gläubigerverzug – Schadensersatz wegen Pflichtverletzung aus Schuldverhältnissen – Schadensersatz und Schadensersatz statt der Leistung

10. Sachmängelgewährleistung beim Kaufvertrag

Gewährleistungsansprüche beim Kauf, Nacherfüllung, Rücktritt, Minderung, Aufwendungsersatz, Schadensersatz, gesetzlicher und vertraglicher Gewährleistungsausschluss – Verbrauchsgüterkauf

11. Verjährung und Verwirkung

Verjährung als Leistungsverweigerungsrecht – Verjährungsfristen, Hemmung und Neubeginn der Verjährung – Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Verwirkung

12. Kreditsicherung, Eigentumsvorbehalt, Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung

Wirtschaftliche Bedeutung, Hinweis auf die Bestellung eines Pfandrechts an Sachen und Rechten – Eigentumsvorbehalt, Bedingung, Befristung, Auflage, schuld- und sachenrechtliche Wirkungen des Eigentumsvorbehalts, Arten des Eigentumsvorbehalts, verlängerter Eigentumsvorbehalt und Globalzession – Anwartschaftsrecht, Übertragung des Anwartschaftsrechtes, Schutz des Anwartschaftsberechtigten – Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung als Verfügungsgeschäft, Darlehensvertrag, Bedeutung des Sicherungsvertrages, Rechtsstellung von Sicherungsnehmer und Sicherungsgeber, Verwertung des Sicherungsgutes

13. Gläubiger- und Schuldnermehrheit, Wechsel von Gläubigern und Schuldern

Teilgläubiger, Gesamtgläubiger, Mitgläubiger – Aktivlegitimation und Prozessführungsbefugnis – Teilschuld und Gesamtschuld, Außen- und Innenverhältnis – Abtretung von Forderungen und gesetzlicher Forderungsübergang, Stellung des neuen Gläubigers und Schuldnerschutz – Schuldübernahme, Erfüllungsübernahme – Vermögens- und Vertragsübernahme

14. Bereicherungsrecht

Funktion des Bereicherungsrechts – Tatbestände der Leistungs- und Nichtleistungskondiktion, Verfügung Nichtberechtigter – Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs, Wegfall der Bereicherung, verschärfte Haftung bei Bösgläubigkeit – Ausschluss des Bereicherungsanspruchs

15. Deliktsrecht

Grundtatbestände der Verschuldenshaftung, Verletzung von Verkehrssicherungspflichten – Sondertatbestände der Verschuldenshaftung, Haftung für den Verrichtungsgehilfen, Abgrenzung zur Haftung für den Erfüllungsgehilfen – Gefährdungshaftung, Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz und dem Straßenverkehrsgesetz – Begriff des Schadens, Schadensarten, Kausalität, Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruches, Schmerzensgeld, Mitverschulden

16. Schuldanerkennnis, Vergleich, Störung der Geschäftsgrundlage

Konstitutives und deklaratorisches Schuldanerkennnis – Vergleich, Rechtsnatur des Prozessvergleichs, Unwirksamkeit von Vergleichen – Störung der Geschäftsgrundlage

17. Verbraucherschutz im Vertragsrecht

Widerrufs- und Rückgaberecht bei Verbraucherverträgen – Haustürgeschäfte und Fernabsatzverträge – Darlehen, Verbraucherdarlehen, Teilzahlungs- und Ratenlieferungsverträge – Schutz gegenüber dem Verwender allgemeiner Geschäftsbedingungen

18. Auftrag / Geschäftsführung ohne Auftrag

Rechte und Pflichten der Vertragsparteien beim Auftrag – berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag, Rechtsfolgen

19. Mietrecht

Haupt- und Nebenpflichten bei Mietverträgen über Wohnraum, Grenze der Vertragsfreiheit beim Mietzins und bei Formularverträgen – Folgen der Verletzung vertraglicher Pflichten – Beendigung von Wohnraummietverhältnissen, Mieterschutz – Mieterhöhung bei Wohnraummietverhältnissen – Leasing, Arten des Leasings, wirtschaftliche Bedeutung von Leasingverträgen

20. Werk- und Werklieferungsvertrag

Haupt- und Nebenpflichten – Rechtsfolgen bei Verletzung vertraglicher Pflichten insbesondere Gewährleistungsansprüche, abweichende vertragliche Vereinbarungen – Unternehmerpfandrecht – Überblick über das Reisevertragsrecht

21. Arbeitsvertragsrecht

Rechte und Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis – die Bedeutung von Tarifverträgen für das Arbeitsverhältnis – Beendigung von Arbeitsverhältnissen und Kündigungsschutz – Arbeitsgerichtsbarkeit

Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsrecht

80 LVS

Vorbemerkung

Das Fach Staats-, Verfassungs- und Verwaltungsrecht vermittelt grundlegende, notwendige Kenntnisse für die Studierenden über Organisation und Funktion eines demokratischen Staatswesens. Die Studierenden erkennen die Einbindung des Rechtspflegers/der Rechtspflegerin im Gefüge der Staatsgewalten und deren funktionelle Stellung im Rahmen einer unabhängigen Justiz.

Die Studierenden werden mit der fundamentalen Bedeutung von Grundrechten als subjektive öffentliche Abwehrrechte gegenüber der Staatsgewalt vertraut gemacht und erhalten einen Eindruck von einer möglichen Verletzung der Grundrechte bezogen auf einen Einzelfall. Die Bindung der öffentlichen Gewalt an die verfassungsmäßige Grundordnung als notwendiges Element kontrollierten und berechenbaren staatlichen Handelns wird aufgezeigt. Gesetze und Gesetzgebungsverfahren werden als zentrale Begriffe praktischer Rechtsanwendung dargestellt. Die Studierenden begreifen die Notwendigkeit von Parteien und Wahlen für das Funktionieren einer pluralistischen, rechtsstaatlich und demokratisch orientierten Gesellschaftsordnung. Die Studierenden werden mit dem Aufbau, den Organen und Strukturen sowie der Rechtsetzung der Europäischen Union vertraut gemacht.

Im Rahmen des Verwaltungsrechts sollen die Studierenden die Organisationsstrukturen der öffentlichen Verwaltung sowie verfahrens- und materiell-rechtliche Grundlagen des allgemeinen Verwaltungsrechts kennenlernen. Weiterhin sollen die Studierenden mit den Grundlagen des Beamtenrechts vertraut gemacht werden. Insbesondere sollen Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis vermittelt werden. Durch justizspezifische Bezüge soll exemplarisch der Werdegang eines Beamten von der Begründung bis zur Beendigung des Beamtenverhältnisses aufgezeigt werden.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Grundbegriffe des Staatsrechts

Entstehung von Staaten - Staatsbegriff, Drei-Elementen-Lehre – Entstehung, Aufbau und Stellung des Grundgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland – Bedeutung von Verfassungsrecht – Gewaltenteilung – Staatszielbestimmungen – Hierarchie der Rechtsnormen – Homogenitätsprinzip – Schutz des Verfassungsrechts: Abänderbarkeit von Verfassungsrecht, Ewigkeitsklausel

2. Grundrechte, grundrechtsgleiche Rechte

Funktion der Grundrechte sowie grundrechtsgleichen Rechte – Menschenrechte – Bürgerrechte – Grundrechte als subjektives Abwehrrecht, Institutionenlehre, Drittwirkungslehre, Grundrechtskollisionen – Justizgrundrechte - Auslegungsregeln – Grundrechtsschranken – Verhältnismäßigkeitsprinzip – Rechtsschutzgarantie – Verfassungsbeschwerde, Verfassungsrechtsprechung – Gutachtliche Prüfung von Grundrechtsverletzungen (exemplarisch)

3. Staatsorganisationsrecht

Staatsorgane – Gesetzgebungsverfahren

4. Parteien und Wahlen

Politische Parteien, Aufgaben und Organisation – Wahlgrundsätze, Bundestagswahlen

5. Europäische Union

Entstehung – Verträge – Organe – Rechtsetzung – Verhältnis nationales und europäisches Recht – EuGH – Unionsbürgerschaft, Grundfreiheiten

6. Verwaltungsorganisationsrecht

Begriff der Verwaltung – Träger und Organe der öffentlichen Verwaltung – Zuständigkeiten – Grundsätze des Verwaltungshandelns – Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

7. Die Stellung des Rechtspflegers in der Gerichtsverfassung

8. Verwaltungsverfahrenrecht

Grundzüge des Verwaltungsverfahrens – Lehre vom Verwaltungsakt

9. Verwaltungsprozessrecht

Klagearten – Rechtsbehelfe

10. Grundbegriffe und Strukturen des Beamtenrechts

Beamtenbegriff – Begründung Beamtenverhältnis – Dienst-, Amts- und Funktionsbezeichnung – Dienstherr, Dienstvorgesetzter – Rechte und Pflichten – Arten des Beamtenverhältnisses – Beendigung des Beamtenverhältnisses – Personalmaßnahmen – Dienstvergehen und Disziplinarmaßnahmen/-verfahren

11. AGG

Anwendungsbereich – Benachteiligung – Belästigung – Ansprüche auf Grund AGG

Strafrecht, Strafprozessrecht I

64 LVS

Vorbemerkung

Die Studierenden sollen die für die Tätigkeit der Rechtspflegerin und des Rechtspflegers erforderlichen Grundkenntnisse im Straf- und Strafverfahrensrecht erwerben. Hierdurch sollen sie befähigt werden, die ihnen im Strafverfahren übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Außerdem sind Grundlagen des Straf- und Strafprozessrechts die Voraussetzung für eine selbständige und verantwortungsbewusste Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich der Strafvollstreckung.

Dabei sollen die Studierenden die typischen Erscheinungsformen der Straftat aus dem Allgemeinen Teil und ausgewählte, vor allem praktisch relevante Straftatbestände aus dem Besonderen Teil des Strafgesetzbuchs kennen lernen. Sie sollen den Deliktsaufbau erlernen und einfachere Fälle methodisch richtig bearbeiten können.

Im Strafverfahrensrecht sollen den Studierenden neben den Grundsätzen und Grundregeln des Strafprozesses außerdem die Besetzung und die Zuständigkeiten der Strafgerichte sowie der Ablauf des Strafverfahrens und dort im Schwerpunkt das Hauptverfahren vermittelt werden. Schließlich sollen sie die unterschiedlichen Rechtsmittel und Rechtsbehelfe hinsichtlich Zulässigkeit und Begründetheit erarbeiten, wobei sie insbesondere typische relative und absolute Revisionsgründe kennen lernen sollen.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

I. Materielles Strafrecht

1. Einführung in das Strafrecht

Funktion des Strafrechts/Strafzwecke – Rechtsquellen des Strafrechts – Strafrecht und Verfassungsrecht – Strafen und Maßregeln – Geltung deutschen Strafrechts – Strafrecht in der Praxis der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers

2. Grundstruktur der Straftat

Unrecht und Schuld – der dreistufige Verbrechensbegriff – Arten von Delikten – Verbrechen und Vergehen

3. Vollendetes vorsätzliches Begehungsdelikt

a) objektiver Tatbestand

Handlungslehre – Grundtatbestand – Verhältnis von Straftatbeständen zueinander – Kausalität und objektive Zurechnung

b) subjektiver Tatbestand

Vorsatz und sonstige deliktspezifische subjektive Tatbestandsmerkmale, insbesondere Absichten bei Diebstahl und Betrug, Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit – Diebstahl – Betrug – Untreue

c) Rechtswidrigkeit

Rechtswidrigkeit als allgemeines Deliktsmerkmal – Prinzipien der Rechtfertigungsgründe – Notwehr – Notstand – Einwilligung

d) Schuld

Schuldprinzip – Schuldfähigkeit (§§ 19-21 StGB) – actio libera in causa – Vollrausch – Entschuldigungsgründe

4. Versuch

Zeitlicher Ablauf der Vorsatzdelikte – Abgrenzung zur Vorbereitung – Prüfungsaufbau – untauglicher Versuch – Rücktritt des Alleintäters

5. Fahrlässiges Begehungsdelikt

Prüfungsaufbau – objektive/subjektive Sorgfaltspflichtverletzung – Voraussehbarkeit/Voraussicht – fahrlässige Körperverletzung – fahrlässige Tötung

6. Unterlassungsdelikt

echte Unterlassungsdelikte – Prüfungsaufbau – unterlassene Hilfeleistung – unechte Unterlassungsdelikte – § 13 StGB – Abgrenzung Tun / Unterlassen

7. Täterschaft und Teilnahme

Abgrenzung Täterschaft/Teilnahme – Mittäterschaft – mittelbare Täterschaft – Nebentäterschaft – Anstiftung – Beihilfe

8. Irrtumslehre

Tatbestandsirrtum – Verbotsirrtum – Erlaubnisirrtum – Erlaubnistatbestandsirrtum

9. Rechtsfolgen der Straftat im Erwachsenenstrafrecht

Freiheitsstrafe – Geldstrafe – Verwarnung mit Strafvorbehalt – Absehen von Strafe – Nebenstrafe und Nebenfolgen – Maßregeln der Besserung und Sicherung – Verfall und Einziehung

10. Rechtsfolgensystem im Jugendstrafrecht

11. Strafbemessung bei mehreren Gesetzesverletzungen/Gesamtstrafenbildung

Gesetzeskonkurrenz – Tateinheit – Tatmehrheit – die nachträgliche Gesamtstrafenbildung

12. Grundsätze der Strafzumessung/Aussetzung von Strafen und Maßregeln zur Bewährung

Strafrahmen – besondere gesetzliche Minderungsgründe – minder- und besonders schwere Fälle – Strafzumessung – Aussetzung von Strafen und Maßregeln zur Bewährung

13. Verfolgungsverjährung

14. Delikte gegen Persönlichkeitswerte

Tötungsdelikte – Körperverletzungsdelikte – Freiheitsdelikte – Delikte zum Schutz der Ehre

15. Straßenverkehrsdelikte einschließlich Grundzüge des Bußgeldverfahrens

16. Amtsdelikte

Bestechung, Bestechlichkeit – Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme – Körperverletzung im Amt

II. Strafprozessrecht

1. Einführung in das Strafprozessrecht

Gliederung des Strafverfahrens – Verfahrensgrundsätze – prozessuale Tat – Rechtskraft – allgemeine Verfahrensgrundsätze – Überblick über die Verfahrensbeteiligten – Zuständigkeiten

2. Ermittlungsverfahren

Durchführung des Ermittlungsverfahrens – Zwangsmittel – Einstellung – Anklageschrift

3. Zwischenverfahren

4. Hauptverfahren, Gang der Hauptverhandlung

Grundsätze der Öffentlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit – Ablauf der Hauptverhandlung – insbesondere Beweisaufnahme nebst Beweismittelrecht – Verhandlungsleitung – Anträge der Verfahrensbeteiligten

5. Besondere Verfahrensarten

Strafbefehlsverfahren – Nebenklage – Privatklageverfahren

6. Rechtsbehelfe (Beschwerde, Berufung und Revision)

Instanzenzug – Allgemeine Vorschriften und Grundsätze – Revisionsgründe

7. **Grundzüge der Wiederaufnahme des Verfahrens**
8. **Grundzüge der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**
9. **Rechtsbeschwerde in Strafvollzugssachen**
10. **Rechtsbeschwerde in Bußgeldsachen**

Zivilprozessrecht

110 LVS

Vorbemerkung

Den Studierenden soll in den Lehrveranstaltungen das Grundwissen auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts vermittelt werden.

Ihnen soll der funktionale Zusammenhang zwischen formellem und materiellem Recht aufgezeigt werden. Sie sollen Einblick in die Organisation und die Zuständigkeiten der Zivilgerichte erhalten.

Es werden Begriffe, Grundsätze, Regelungen und Verfahrensabläufe des Zivilprozesses, insbesondere Prozesskosten- und Beratungshilfe, vermittelt.

Darüber hinaus werden die Studierenden befähigt, als Rechtspflegerin oder Rechtspfleger auf der Rechtsantragstelle Klagen, Anträge und Rechtsbehelfe ordnungsgemäß zu prüfen und sachgerecht zu protokollieren.

Aufgrund der Sachnähe zum Zivilverfahren werden Institute aus dem FamFG - wie die Verfahrenskostenhilfe und das Aufgebotsverfahren - mit behandelt.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Grundsätze des Zivilprozessverfahrens

Echte Prozessvoraussetzungen – Sachurteilsvoraussetzungen – Prozesshandlungsvoraussetzungen – Prozesshindernisse – Aufnahme der Klageschrift – Streitgenossen – Klagearten – Inhalt und Einreichung der Klageschrift – Widerklage

2. Prozessmaximen

Mündlichkeit – Öffentlichkeit – Unmittelbarkeit – Prozessökonomie

3. Möglichkeiten der Verfahrensweise

Früher erster Termin – schriftliches Vorverfahren – schriftliches Verfahren – Verfahren nach billigem Ermessen – Terminbestimmung – Ladung zum Termin – Fristen – Fristberechnung – Säumnisfolgen

4. Zustellungsverfahren

Parteibetrieb/von Amts wegen – Zustellungsurkunde/Empfangsbekanntnis/Einschreiben
Rückschein – Verfahren der Zustellung – Ersatzzustellungen – öffentliche Zustellung – Heilung von Zustellungsmängeln

5. Prozesskostenhilfverfahren

Anwendungsbereiche – objektive Voraussetzungen – Prüfung der subjektiven Voraussetzungen, insbesondere Einkommen, Abzüge vom Einkommen, einzusetzendes Vermögen – Antrag – Wirkungen – Bewilligungsverfahren – Beiordnung eines Rechtsanwalts – Änderung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse – Abfassen einer Änderungsentscheidung – Aufhebungstatbestände und Abfassen einer Entscheidung – sofortige Beschwerde- Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe

6. Beratungshilfe

Funktion und Abgrenzung zur Prozesskostenhilfe – Prüfung der subjektiven und objektiven Voraussetzungen – Umfang – Bewilligungsverfahren inkl. Abfassen einer Entscheidung – Gewährungsformen – Aufhebung der Beratungshilfe – Erinnerungsverfahren

7. Stillstand des Verfahrens

Unterbrechung – Aussetzung – Ruhen – Wirkungen

8. Beendigung des Rechtsstreits durch streitiges Endurteil

9. Beendigung durch Parteidisposition

Klagerücknahme – Verzicht und Anerkenntnis – Erledigung der Hauptsache – Vergleich –
Versäumnisverfahren

10. Rechtsbehelfe

Berufung – Revision – sofortige Beschwerde und Rechtspflegererinnerung – Antragsauf-
nahme – Abhilfeverfahren – Abfassen einer Entscheidung

11. Rechtskraft

Arten – Umfang und Grenzen – Durchbrechung durch Abänderungsklage, Wiederauf-
nahmeverfahren, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Gehörsrüge

12. Besondere Verfahren

Aufgebotsverfahren nach dem FamFG – schiedsrichterliches Verfahren – Mahnverfahren
inkl. Online-Mahntrag – Eilverfahren inkl. Antragsaufnahme

Kostenrecht

70 LVS

Vorbemerkung

Die Veranstaltungen dieses Lehrgebiets sollen den Studierenden das Aufgabengebiet einer Rechtspflegerin/eines Rechtspflegers in Kostenfestsetzungsverfahren nahebringen.

Dabei wird insbesondere auf die Festsetzungsarten im Zivilprozess, aber in Grundzügen auch in Familien- und Strafsachen, sowie auf die Besonderheiten bei der Bewilligung von Prozess- bzw. Verfahrenskostenhilfe, eingegangen.

Ziel der Lehrveranstaltungen ist es, die Studierenden in die Lage zu versetzen, die Kostenfestsetzungsangelegenheiten in der Praxis weitgehend selbständig zu bearbeiten.

Da die Inhalte der Kostenfestsetzung umfangreich sind, beschränkt sich der Unterricht inhaltlich auf das Wesentliche.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Rechtsanwaltsvergütung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz

Insbesondere Vergütungsanspruch – Gegenstandswert – Angelegenheit – Gebühren und Auslagen in den verschiedenen Rechtszügen unter Einbeziehung der Besonderheiten, wie z.B. bei vorangegangenem Mahnverfahren, Einigung, Streitgenossenschaft – Fälligkeit – Verjährung

2. Erstattungsfähigkeit von Kosten nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung

Insbesondere bei Beteiligung mehrerer Rechtsanwälte, wie Terminsvertreter oder Verkehrsanwalt – Reisekosten des Rechtsanwalts – Anwendung des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes bei Parteikosten – Auslagen – Gerichtskosten

3. Kostenfestsetzung gegen den Prozessgegner

Insbesondere Kostenfestsetzungsantrag – rechtliches Gehör – Kostenfestsetzungsbeschluss – vereinfachte Kostenfestsetzung – Verzinsung – Vorsteuerabzugsberechtigung – Bekanntmachung des Beschlusses – Beschwerde, Erinnerung, Verfahren – Behandlung eines nach Abschluss der Vorinstanz bereits erlassenen Beschlusses nach Aufhebung der Kostengrundentscheidung in höherer Instanz – Rückfestsetzung

4. Vergütungsfestsetzung

5. Kostenfestsetzung und -ausgleichung bei Verteilung nach Quoten

6. Auswirkungen der Bewilligung von Prozesskostenhilfe

Insbesondere Höhe der Vergütung – Umfang der Beiordnung – teilweise Bewilligung – Anspruch des beigeordneten Rechtsanwalts auf Zahlungen aus der Staatskasse – Erstattungsverfahren – Festsetzung der Wahlanwaltskosten gegen den erstattungspflichtigen Gegner zugunsten der obsiegenden Partei und des Rechtsanwalts – Auswirkungen bei Ratenzahlungen

7. Übergang auf die Staatskasse und Einziehung der Kosten – auch bei Verteilung nach Quoten

8. Besonderheiten in Familiensachen

Insbesondere Verfahrenswerte – isolierte Verfahren und Verfahrensverbund – Scheidungsfolgenvergleich – Einstweilige Anordnungen – Verfahrenskostenhilfe in Familiensachen

9. Kostenfestsetzung in Strafsachen

Insbesondere Gebühren und Auslagen in den verschiedenen Rechtszügen – Bemessung der Rahmengebühren – Erstattungsfähigkeit von Gebühren und Auslagen – verschiedene Festsetzungsarten einschließlich der Ansprüche des Pflichtverteidigers gegenüber der Staatskasse, auch bei Teilfreispruch

Schlüsselkompetenzen I

32 LVS

Vorbemerkung

Im Rahmen des Selbst- und Zeitmanagements sollen die Studierenden ihren Aufgabenbereich rational organisieren und ihre Zeit effektiv einteilen können. Dazu sollten sie Lernverläufe kennen und berücksichtigen. Die Studierenden sollen Methoden des Selbst- und Zeitmanagements kennen und nutzen.

Im Bereich der Kommunikation sollen die Studierenden lernen zielgerichtet, problem- und ergebnisorientiert zu kommunizieren. Dazu sollen sie Grundlagen der Kommunikation sowie Kommunikationsmodelle kennenlernen und interkulturelle Kompetenz erwerben.

Weiterhin sollen die Studierenden Mitarbeit und Führung/Führungsverhalten kennenlernen einschließlich der Aspekte von Teamarbeit.

Im Bereich der Präsentationstechniken sollen die Studierenden die Grundlagen und beispielhaft den Einsatz von Präsentationsmedien kennenlernen.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

Selbst- und Zeitmanagement

Methoden und Instrumente des Zeit- und Selbstmanagements – biologische Voraussetzungen für Lern- und Denkprozesse – Selbstmotivation und -reflektion.

1. Kommunikation

Grundlagen der Kommunikation – Kommunikationsmodelle – Kommunikationsstörungen – Verbale, nonverbale und paraverbale Kommunikation – kontrollierter Dialog, Fragetechnik, aktives Zuhören – Ich-Botschaften

2. Führungsverhalten und Teamarbeit

Führungs- und Persönlichkeitsstile – Führungsverhalten und -modelle – Teambildung und Teamarbeit

3. Präsentationstechniken

Grundlagen, Elemente und Techniken der Visualisierung – Beispielhafter Einsatz von Präsentationsmedien und -techniken

4. Interkulturelle Kompetenz

Berufspraktikum I (Studienabschnitt II)

Vorbemerkung

Die folgenden Studienpläne regeln die im Studienabschnitt II stattfindende berufspraktische Ausbildung im Zwangsvollstreckungsrecht (Mobiliarvollstreckung), Nachlassrecht, Familien- und Vormundschaftsrecht, Betreuungsrecht und Zivilrecht.

Bei den in den Studienplänen angegebenen Ausbildungszeiten handelt es sich jeweils um die Mindestausbildungsdauer in den einzelnen Ausbildungsstationen.

Die Anwärterinnen und Anwärter sollen in den Ausbildungsstationen das tägliche Dezernat ihrer Ausbilderin oder ihres Ausbilders kennenlernen und entsprechend ihrem fortschreitenden Kenntnisstand jeweils angemessene Rechtspflegeraufgaben eigenständig bearbeiten.

Die in der bisherigen Ausbildung erworbenen Kenntnisse sollen angewandt und vertieft werden.

Die Anwärterinnen und Anwärter sind durch vorbereitende Einführungsschulungen - soweit möglich durch die Informationstechnik-Stelle der hessischen Justiz (IT-Stelle) - und bei der Ausbildung am Arbeitsplatz auch mit den justizspezifischen IT-Fachanwendungen und dem Verfahren des elektronischen Rechtsverkehrs vertraut zu machen. Die zur Ausbildung zugeteilten berufspraktischen Vorgänge sind unter Zuhilfenahme dieser Anwendungen zu erledigen.

Die Anwärterinnen und Anwärter sollen in die Lage versetzt werden, mit Rechtsuchenden zielgerichtet persönlich und telefonisch zu kommunizieren, Verhandlungen zu leiten und hierbei sachgerecht zu interagieren.

Ziel ist auch, die soziale und interkulturelle Kompetenz der Anwärterinnen und Anwärter zu fördern, die erforderlichen Verhaltensmaßstäbe zu entwickeln und diese weiter auszubauen.

Innerhalb der einzelnen Abteilungen ist den Anwärterinnen und Anwärtern die Bedeutung einer konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Mitarbeiter aufzuzeigen.

Soweit möglich sollten die Anwärterinnen/Anwärter mit der Arbeit in der jeweiligen Serviceeinheit vertraut gemacht werden.

Die Ausbildung umfasst in den einzelnen Rechtsgebieten auch das Gerichtskostenrecht, sofern diese Aufgaben dem Beamten des gehobenen Dienstes zugewiesen sind.

Zunächst sollen die Anwärterinnen und Anwärter mit einfachen Aufgaben und Sachverhalten betraut werden. Am Ende der einzelnen Ausbildungsstationen sollen sie gelernt haben, die routinemäßig anfallenden Aufgaben der Rechtspflegerin / des Rechtspflegers selbständig zu bewältigen.

Die zunächst betreuende Funktion der Ausbilderin / des Ausbilders sollte sich dabei über eine unterstützende hin zu einer lediglich korrigierenden Tätigkeit verändern.

Die Ausbildung am Arbeitsplatz wird als Gruppenausbildung durchgeführt, wobei eine Gruppe in der Regel nicht mehr als drei Mitglieder haben soll.

Wesentlich für diese Form der Ausbildung sind das gemeinsame Lernen, der Austausch der Anwärterinnen und Anwärter untereinander im Rahmen der Fallbearbeitung und das ergebnisorientierte und vertiefende Gespräch mit der Ausbilderin/dem Ausbilder.

Allerdings sollen die Anwärterinnen und Anwärter auch im Rahmen der Gruppenausbildung Einzelleistungen erbringen und zum selbständigen Arbeiten befähigt werden.

Die praktische Ausbildung sollte auch genügend Zeit für Nacharbeit und Selbststudium gewährleisten.

Die Studienpläne für die einzelnen Lehrgebiete sollen einen verbindlichen Leitfaden für die Ausbilderin/den Ausbilder darstellen.

Es sollte möglichst nicht auf bereits erledigte Vorgänge zurückgegriffen werden.

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet

Zwangsvollstreckungsrecht (Mobiliarvollstreckung)

2 Wochen

Ausbildungsinhalte

1. Forderungspfändung

Prüfung der allgemeinen und besonderen Vollstreckungsvoraussetzungen sowie der Notwendigkeit von Vollstreckungskosten – Pfändung von Geldforderungen – Pfändung von Arbeitseinkommen und laufenden Sozialleistungen wegen gewöhnlicher und privilegierter Forderungen – Bezeichnung der im Wege der Hilfspfändung wegzunehmenden Urkunden und der zu erteilenden Auskünfte nach § 836 III ZPO – Vorläufiges Zahlungsverbot – Sicherungsvollstreckung – andere Verwertungsarten – Zusammenrechnen mehrerer Einkommen – weitere Verfahren nach §§ 850 – 850 i ZPO- einstweilige Einstellung im Rahmen dieser Verfahren- Verfahren bei Vollstreckungserinnerung – Pfändung eines Pfändungsschutzkontos

2. Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft

Entscheidung über Widersprüche gegen die Eintragungsanordnung – das Schuldnerverzeichnis

3. Verteilungsverfahren

Einleitung aus verschiedenem Anlass – Verfahrenslauf – Teilungsplan – Ausführung des Teilungsplans

4. Sonstige Vollstreckungssachen

Entscheidung über Vollstreckungsschutzanträge nach § 765a ZPO, insbesondere von Räumungsschutzanträgen – einstweilige Einstellungen nach § 769 II ZPO – Bewilligung von Prozess-/Verfahrenskostenhilfe für die Zwangsvollstreckung – Festsetzung von Vollstreckungskosten

5. Aufnahme von Anträgen

Erinnerungen und Beschwerden – Vollstreckungsschutzanträge – sonstige Anträge im Bereich der Mobiliarvollstreckung

Anmerkung:

Es ist gegebenenfalls organisatorisch Vorkehrung zu treffen, dass die Antragsaufnahme tatsächlich ermöglicht wird, z.B. durch Zuweisung der Studierenden bzw. des Studierenden an den zuständigen Rechtspfleger

6. 1 Tag Hospitation bei einem Gerichtsvollzieher

Einblicke in den Geschäftsbetrieb eines Gerichtsvollziehers – Pfändung und Versteigerung – Zustellungen – Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Nachlassrecht

5 Wochen

Ausbildungsinhalte

1. Hospitation am Arbeitsplatz der Serviceeinheit

Amtliche Verwahrung von Verfügungen von Todes wegen sowie deren Herausnahme –
Überprüfung der Verwahrfrist – Arbeitsabläufe im Zusammenhang mit dem Zentralen
Testamentsregister – Kosten

2. Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Publikum bei

- a. Rückgabe einer Verfügung von Todes wegen aus der amtlichen Verwahrung
- b. Beurkundung von Ausschlagungserklärungen, Anfechtungen, Entgegennahme der Erklärung – Form der Erklärung aus dem Ausland – durch gesetzlichen Vertreter
- c. Beurkundung von Erbscheinsverhandlungen bei gesetzlicher und testamentarischer Erbfolge – Vor- und Nacherbfolge – Testamentsvollstreckung – Antragstellung durch gesetzliche Vertreter oder Gläubiger – bei Auslandsbezug
- d. Nachlasspflegschaft
Voraussetzungen – Einleitung – Auswahl, Bestellung und Überwachung der Pflegerin/des Pflegers

3. Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen

als Nachlassgericht – als Verwahrgericht – aus der amtlichen Verwahrung – bei abgelieferten Verfügungen von Todes wegen – im Falle von gemeinschaftlichen Testamenten und Erbverträgen – nach 30-jähriger Verwahrung, in Anwesenheit und Abwesenheit der Beteiligten

- 4. Maßnahmen bei Nichtablieferung einer Verfügung von Todes wegen**
- 5. Bearbeitung eines Erbscheinsantrages bzw. Antrages auf Erlass eines europäischen Nachlasszeugnisses**
Alleinerbschein, gemeinschaftlicher Erbschein, Teilerbschein beschränkt auf das inländische Vermögen, Erbschein für den Vorerben und den Nacherben, europäisches Nachlasszeugnis
- 6. Einziehung eines Erbscheins**
- 7. Bearbeitung und Erteilung sonstiger Zeugnisse**
- 8. Testamentsvollstreckung**
Testamentsvollstreckerzeugnis – Belehrung hinsichtlich der Steuerpflichten – Auswahl der Testamentsvollstreckerin/des Testamentsvollstreckers – Vergütung – Entlassung
- 9. Feststellung des Fiskalerbrechts**
Erbenaufgebot – Erbschein für den Fiskus
- 10. Nachlasssicherung**
Aufgaben des Ortsgerichts (in Hessen) – Bestellung einer Nachlasspflegerin/eines Nachlasspflegers – Überwachung einschließlich nachlassgerichtlicher Genehmigungen – Vergütung und Aufwendungsersatz
- 11. Maßnahmen zur Beschränkung der Erbenhaftung**
Nachlassverwaltung: Auswahl der Nachlassverwalterin/des Nachlassverwalters, Bestellung, Aufgaben, Überwachung, Vergütung und Aufwendungsersatz – Inventarerrichtung: auf Antrag der Erben oder eines Gläubigers, eidesstattliche Versicherung
- 12. Bearbeitung von Nachlässen mit Auslandsbezug**
Ausländische Erblasserin/ausländischer Erblasser – ausländische Beteiligte

13. Verfahren nach dem Verschollenheitsgesetz

14. Kosten

Wertermittlung (insbesondere bei Grundvermögen) – Bearbeitung mit JUKOS (in Hessen)

Exkursionen:

Den Studierenden soll ermöglicht werden, eine Nachlasspflegerin oder einen Nachlasspfleger einen Tag lang zu begleiten.

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet

Familien- und Vormundschaftsrecht

3 Wochen

Ausbildungsinhalte

1. Aufnahme von Anträgen und Stellungnahmen

Obligatorisch: Aufnahme eines Antrags in einer Gewaltschutzsache

2. Feststellung des Ruhens der elterlichen Sorge

3. Maßnahmen im Bereich der elterlichen Vermögenssorge

Bei Gefährdung des Kindesvermögens – Inventarpflicht bei Vermögenserwerb des Kindes

4. Entscheidungen im Bereich des Unterhaltsrechts

Vereinfachtes Verfahren zur Festsetzung von Unterhaltsrenten minderjähriger Kinder – vereinfachtes Abänderungsverfahren – Bestimmung der Art der Unterhaltsgewährung

5. Kostenfestsetzung in Familiensachen und Verfahrenskostenhilfverfahren einschließlich Überwachung von Ratenzahlungen und ggf. Widerruf der Verfahrenskostenhilfebewilligung

6. Festsetzung und Vollstreckung von Zwangsgeld, Vollstreckung von Zwangshaft

7. Rechtspflegerzuständigkeiten im Bereich des Namensrechts

8. Vormundschaft

Auf Anordnung/kraft Gesetzes – Voraussetzungen – Entscheidung – Verpflichtung – Einführung in die Aufgaben des Vormunds

9. Pflegschaft

Voraussetzungen – Entscheidung – Verpflichtung – Einführung in die Aufgaben des Pflegers

10. Gerichtliche Genehmigungen

Geldanlagen: Sperrvermerk, Freigabe von Geldern – Grundstücksgeschäfte – Erbauschlagungen – Beteiligung an Personen- und Kapitalgesellschaften – Verträge mit wiederkehrenden Leistungen – Kreditaufnahme – Kündigung – Lehr- und Ausbildungsverträge

11. Überwachungspflichten

Vermögensverzeichnis – Berichtspflicht – Rechnungslegung

12. Beendigung der Vormundschaft/Pflegschaft und Beendigung des Amtes

Voraussetzungen – Abwicklungspflichten – Besonderheiten bei der Schlussrechnung

13. Festsetzung von Vergütungsansprüchen

Verfahren – Abgrenzung zur Auslagererstattung und Aufwandsentschädigung – Beteiligung des Bezirksrevisors

14. Allgemeine Fragen zur Adoption

15. Feststellung des Kindergeldberechtigten

Exkursionen:

Es soll den Studierenden Gelegenheit gegeben werden, an mündlichen Verhandlungen (auch der Richterin/des Richters) und Anhörungsterminen teilzunehmen.

Eine zumindest halbtägige Hospitation auf der Serviceeinheit soll ihnen einen Überblick über die Arbeitsabläufe vermitteln.

Durch einen Besuch bei dem zuständigen Jugendamt soll ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden, Einblick in die Tätigkeit dieser Behörde zu erhalten.

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Betreuungsrecht

4 Wochen

Ausbildungsinhalte

- 1. Zuständigkeiten der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers vor und bei der Bestellung eines Betreuers**
(auch in Zusammenarbeit mit der RichterIn/dem Richter)
- 2. Bestellung eines Kontrollbetreuers**
- 3. Überwachungspflichten**
Vermögensverzeichnis – Berichtspflicht – Rechnungslegung
- 4. Festsetzung von Vergütungsansprüchen**
Verfahren – Abgrenzung zur Auslagererstattung und Aufwandsentschädigung – Pauschal-/Zeitvergütung – Beteiligung der Bezirksrevisorin/des Bezirksrevisors – Anhörungspflichten – Verfahrenspflegerbestellung
- 5. Beendigung der Betreuung und Wechsel des Betreuers**
Voraussetzungen – Abwicklungspflichten – Zuständigkeit der Rechtspflegerin/des Rechtspflegers
- 6. Festsetzung und Vollstreckung von Zwangsgeld**
- 7. Abwesenheitspflegschaft und Pflegschaft für unbekannte Beteiligte**
- 8. Gerichtliche Genehmigungen**
Geldanlagen: Sperrvermerk, Freigabe von Geldern – Grundstücksgeschäfte – Erbauschlagungen – Beteiligung an Personen- und Kapitalgesellschaften – Verträge mit wiederkehrenden Leistungen – Kreditaufnahme – Kündigungen (insbesondere des Mietverhältnisses über Wohnraum)

9. Überwachungspflichten

Vermögensverzeichnis – Berichtspflicht – Rechnungslegung

10. Kosten

Exkursionen:

Es soll den Studierenden Gelegenheit gegeben werden, an mündlichen Verhandlungen (auch der RichterIn/des Richters) und Anhörungsterminen teilzunehmen.

Eine zumindest halbtägige Hospitation auf der Serviceeinheit soll ihnen einen Überblick über die Arbeitsabläufe vermitteln.

Durch einen Besuch bei einer Berufsbetreuerin/einem Berufsbetreuer und/oder einer Verfahrenspflegerin/eines Verfahrenspflegers soll ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden, Einblick in die Tätigkeit dieser Personen zu erhalten.

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Zivilrecht

2 Wochen am Amtsgericht

1 Woche am Landgericht

Ausbildungsinhalte

Am Amtsgericht:

A. Zivilsachen, Kostenrecht

- 1. Kostenfestsetzungsverfahren gegen den Prozessgegner nach den allgemeinen Vorschriften der Zivilprozessordnung**
- 2. Kostenfestsetzung und -ausgleichung bei Verteilung nach Quoten**
- 3. Kostenabwicklung und Verfahren bei Prozesskostenhilfe**
Insbesondere unter Berücksichtigung des Forderungsübergangs auf die Staatskasse und der Festsetzung der Kosten des Rechtsanwalts zur Beitreibung im eigenen Namen
- 4. Vergütungsfestsetzung**
Insbesondere unter Berücksichtigung möglicher Einwendungen gegen den Vergütungsfestsetzungsbeschluss
- 5. Verfahren nach Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln gegen die Entscheidungen im Bereich der Kostenfestsetzung**
- 6. Prozesskostenhilfeverfahren**
einschließlich Überwachung von Ratenzahlungen und ggf. Widerruf der Prozesskostenhilfebewilligung
- 7. Erteilung qualifizierter Klauseln**
- 8. Aufgebotsverfahren**

B. Antragsaufnahme

1. Die Studierenden sollen mit den Aufgaben einer **Rechtsantragsstelle** (vorrangig in Zivilsachen) vertraut gemacht werden.

2. Antragsaufnahme im Allgemeinen

Insbesondere Klageantrag (auch Vollstreckungsabwehrklage und Drittwiderspruchsklage) – Einspruch gegen das Versäumnisurteil – sofortige Beschwerde und Erinnerung - Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung – Antrag auf Erlass eines Arrestpfändungsbeschlusses – insbesondere eigenständige Antragsaufnahme

3. Eigenständiger Umgang mit Publikum

C. Hinterlegungssachen und Beratungshilfesachen

An jeweils mindestens einem Tag sollen die Studierenden in die Arbeit im Dezernat für Hinterlegungssachen und Beratungshilfesachen eingeführt werden

Am Landgericht:

Die Studierenden sollen ein bis zwei Tage bei einer Rechtspflegerin/einem Rechtspfleger im Dezernat Zivilsachen unterwiesen werden.

In der verbleibenden Zeit sollen die Studierenden Gelegenheit erhalten, sich mit den umfassenden Kostenproblematiken einer Bezirksrevisorin/eines Bezirksrevisors zu beschäftigen.

Fachstudium II (Studienabschnitt III) - Pflichtfächer

Grundbuchrecht II

180 LVS

Vorbemerkung

Siehe Studienabschnitt I,
Grundbuchrecht I

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. **Immobilienvollstreckung**

Zuschlag in der Zwangsversteigerung – Grundbuchverfahren im Fall der Zwangsversteigerung – Ersuchen einer Behörde – Vergleich Sicherungshypothek/Verkehrshypothek – Zwangssicherungshypothek, grundbuch- und vollstreckungsrechtliche Voraussetzungen, Vergleich zu grundbuchrechtlichen Voraussetzungen der Verkehrshypothek – Bauhandwerkersicherungshypothek – einstweilige Verfügung im Grundbuchverfahren: Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Grund einstweiliger Verfügung als Vollstreckungstitel – Umschreibung der Vormerkung – Höchstbetragshypothek – Arrest im Grundbuchverfahren: Arresthypothek – Auswirkungen von Rückzahlung der Forderung, von Rangänderung, von Rangvorbehalt und von gesetzlichem Löschanpruch

2. **Übertragung der Grundpfandrechte**

Buchrechte – Übertragung von Briefrechten, öffentlicher Glaube, Brief und Unrichtigkeit des Grundbuchs – Teilabtretung, Ränge – Briefbehandlung, Teilbriefbildung – Aufgebotsverfahren – Kettenabtretung

3. **Besonderheiten zur Auflassung und zur Belastung**

Auflassung unter Bedingung: Scheidungsverfahren, Widerrufsvergleich, grundbuchmäßige Behandlung, Abgrenzung zu sog. Rechtsbedingungen – Auflassung als Grundstücksvollmacht für den Erwerber – Bevollmächtigung zu Grundstücksbelastungen – Bevollmächtigung zur Unterwerfung gem. § 800 ZPO – Abgrenzung zur Belastung durch Erwerber als Nichtberechtigter – Kettenauflassung – Beteiligung nicht Verfahrensfähiger: Nachweis wirksamer familien- bzw. betreuungsgerichtlicher Genehmigungen im Grundbuchverfahren: Unterschiede im Verfahren nach § 19 GBO und im Verfahren nach § 20 GBO, Doppelvollmacht des Notars, Eintragung trotz Fehlens der Genehmigung
Anmerkung: Hier sind nicht die Einzelfälle genehmigungspflichtiger Rechtsgeschäfte zu behandeln, sondern die dem Grundbuchamt trotz Vorliegens der familien- bzw. betreuungsgerichtlichen Genehmigung bzw. Negativattest noch obliegenden Prüfungspflichten.

4. Grundstück

Begriff – Amtliches Verzeichnis, Übereinstimmung von Grundbuch und Liegenschaftskataster – Aufgaben des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle – Zerlegung, Verschmelzung – Teilung des Grundstücks – Veräußerung einer nicht vermessenen Teilfläche, Bezeichnung des Grundstücks in der Urkunde, Identitätserklärung gem. § 28 GBO, Teilung von Amts wegen – Belastung eines realen Grundstücksteils – Eigentumsübertragungsvormerkung bei Teilflächenveräußerung

5. Dienstbarkeiten

Grunddienstbarkeit – Belastungsgegenstand – Verdinglichung der Ausübungsstelle – Erlöschen und Aufhebung – Auswirkung von Grundstücksteilungen auf das Recht – Beschränkt persönliche Dienstbarkeit – Abgrenzung zur Grunddienstbarkeit – Wohnungsrecht – Erlöschen und Aufhebung – Nießbrauch – Löschung von zeitlich beschränkten und Lebenszeitrechten

6. Reallast

Wiederkehrende Leistung, Sicherung einer Geldrente – Möglichkeiten der Wertsicherung, Leistungsvorbehalt, Wertsicherungsklauseln – Abgrenzung zur Rentenschuld, Dienstbarkeit – Verwertungsmöglichkeiten, Erlöschen und Aufhebung – landesrechtliche Besonderheiten – Höchstbetrag des Wertersatzes – Altenteil: Begriff – wirtschaftliche Bedeutung – grundbuchmäßige Behandlung – landesrechtliche Besonderheiten

7. Gesamtrechte

Teilung eines mit Grundpfandrechten und Dienstbarkeiten belasteten Grundstücks – materielle und formelle Auswirkungen – Gesamtrechte – Entlassung eines Grundstücks aus der Mithaft, Löschung durch Nichtmitübertragung, Unschädlichkeitszeugnis – Verteilung eines Gesamtrechts – nachträgliche Mitbelastung eines Grundstücks – Zulässigkeit von Gesamtbelastungen

8. Grundstücksverbindungen

Vereinigung – Bestandteilszuschreibung – Verschmelzung

9. Unrichtigkeit des Grundbuchs

Grundbuchberichtigungsverfahren – Widerspruch, Abgrenzung zur Vormerkung – Amtswiderspruch, Amtslöschung – Löschung gegenstandsloser Eintragungen

10. Rechtsnachfolge durch Erbgang

Grundbuchmäßige Behandlung: Gesetzliche Erbfolge, Erbfolge auf Grund Verfügung von Todes wegen – Erbnachweise – Verfügung über Grundstück durch Erbengemeinschaft: Belastung, Veräußerung an Dritte, Veräußerung an Miterben, Umwandlung in Bruchteilsgemeinschaft, Realteilung – Auswirkung der Übertragung eines Miterbenanteils auf Grundstücksrechte – Übertragung sämtlicher Erbanteile auf einen Miterben, Pfändung und Verpfändung eines Miterbenanteils im Grundbuch – verschiedene Erbengemeinschaften, Untererbengemeinschaften

11. Besonderheiten bei Bruchteilsgemeinschaften

Benutzungsregelung – Ausschluss der Aufhebung der Gemeinschaft

12. Verfügungsbeschränkungen

Erbrechtliche Verfügungsbeschränkungen im Hinblick auf Grundstücksrechte: Grundbuchmäßige Behandlung von Testamentsvollstreckung, Nachlassverwaltung, Vor- und Nacherbfolge – entgeltliche und unentgeltliche Verfügungen des Testamentsvollstreckers unter besonderer Beachtung der obergerichtlichen Rechtsprechung – Verfügungen des nicht befreiten bzw. befreiten Vorerben, rechtliche Situation von Eigentümergrundpfandrechten bei Nacherbfolge – sonstige Verfügungsbeschränkungen im Grundbuch – grundbuchmäßige Behandlung von Gesamtvollstreckung (Insolvenz), Zwangsversteigerung, -verwaltung – gesetzliche Veräußerungsverbote – nachträgliche Verfügungsbeschränkungen – Erwerbsverbote – § 878 BGB – Finanzsanktionsliste und Einfrieren von Vermögenswerten

13. Inhaltsänderung bei Grundstücksrechten

Beschränkte dingliche Rechte – Umwandlung von Grundpfandrechten, Teilung – Zinsatzänderung bei Grundpfandrechten

14. Vorkaufsrechte

Persönliche und dingliche Vorkaufsrechte – rechtsgeschäftliche und gesetzliche Vorkaufsrechte

15. Pfändung im Grundbuch

Pfändung des Eigentumsverschaffungsanspruchs/Anwartschaftsrechts – grundbuchmäßige Behandlung – Rang der Sicherungshypothek – Rechtsnatur des Anwartschaftsrechts – obergerichtliche Rechtsprechung zum Anwartschaftsrecht bei Grundstücksübertragung – Pfändung von Grundpfandrechten

16. Wohnungseigentum

Begriff – Begründung – Gegenstand und Inhalt – Sonder- und Gemeinschaftseigentum – Gemeinschaftsordnung – Veräußerungsbeschränkung – Gebrauchsregelung – Sondernutzungsrechte – grundbuchmäßige Behandlung, auch von bestehenden Belastungen – Verfügungen über das Wohnungseigentum: Veräußerung, Belastungen, Veränderungen - Prüfungsumfang des Grundbuchamts, insbes. bezüglich Aufteilungsplan und Abgeschlossenheitsbescheinigung – Bedeutung von Beschlüssen und gerichtlichen Entscheidungen nach § 43 Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz) – Dauerwohn- bzw. -nutzungsrecht

17. Erbbaurecht

Begriff und Inhalt – Begründung – grundbuchmäßige Behandlung – Rang – Bedingungen, Zeitbestimmungen – Gesamterbbaurecht, Untererbbaurecht – Belastungen des Erbbaurechts: Vorkaufsrechte, Grundpfandrechte, Dienstbarkeiten – Erbbauzins, Wertsicherung, Erhöhung des Erbbauzinses – Änderung des Erbbaurechts – Aufhebung, Erlöschen des Erbbaurechts, Besonderheiten beim Erlöschen von Erbbaurechten nach Zeitablauf

18. Gesellschaften im Grundbuchverfahren

Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Erwerb und Veräußerung, Änderungen im Gesellschafterbstand – Personenhandels- und Kapitalgesellschaften im Grundbuch – Erwerb von Grundstücken im Gründungsstadium einer GmbH – Behandlung des Einzelkaufmanns im Grundbuch – Änderungen in Bezug auf die Gesellschaft – Gütergemeinschaft im Grundbuchverfahren

19. Grundbuchverfahren mit Auslandsberührung

Güterstand gemischt-nationaler bzw. ausländischer Ehen/Lebenspartnerschaften – ausländische Gesellschaften – Besonderheiten bei natürlichen ausländischen Personen als Erwerber – ausländische Urkunden im deutschen Rechtsverkehr

Strafprozessrecht II, Strafvollstreckungsrecht

70 LVS

Vorbemerkung

Die Studierenden sollen mit den umfassenden Aufgabenbereichen der Rechtspflegerin und des Rechtspflegers im Rahmen der Strafvollstreckung vertraut gemacht werden. Hierbei soll insbesondere auf den Unterschied zwischen der Jugendstrafvollstreckung und der Erwachsenenvollstreckung eingegangen werden. Ziel des Theorieabschnittes soll vorrangig die Wissensvermittlung unter Einbeziehung von Praxisproblemen sein. Die Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, die strafvollstreckungsrechtlichen Rechtsgrundlagen und deren Bedeutung für die Rechtspflegertätigkeit zu erfassen.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Grundsätzen der Vollstreckung von Freiheitsstrafen, freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung und der Geldstrafenvollstreckung zu. Dabei sollen die Grundlagen nicht nur abstrakt, sondern ergänzt durch Beispiele und Lösungen strafvollstreckungsrechtlicher Fälle, vermittelt werden.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Allgemeine Grundsätze der Strafvollstreckung

Zuständigkeiten – Vollstreckungsbehörde – Vollstreckungsvoraussetzungen (Rechtskraft, urkundliche Grundlage, Vollstreckungshindernisse) – Beschleunigungsgebot

2. Einleitung der Strafvollstreckung

Mitteilungspflichten (MiStra, BZRG) – Ladung zum Strafantritt – Haftbefehl

3. Strafzeitberechnung

Regeln der Strafzeitberechnung – Vollstreckungsreihenfolge – Anrechenbare Zeiten und Leistungen

4. Strafaufschub und Strafunterbrechung (§§ 455 ff StPO)

5. Zurückstellung nach den Vorschriften des Betäubungsmittelgesetzes (§§ 35, 36 BtMG)

6. Vollstreckung von freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung

Besonderheiten bei der Strafzeitberechnung, insbesondere die Organisationshaft, Anrechnung von Freiheitsentziehung, Eintritt der Führungsaufsicht

7. Vollstreckung in Führerscheinsachen

Vollstreckung von Fahrverboten – Vollstreckung einer Entziehung der Fahrerlaubnis

8. Vollstreckung von Geldstrafen

Einschließlich der Besonderheiten in Bezug auf die Strafzeit sowie die anrechenbaren Leistungen

9. Grundzüge der Vermögensabschöpfung sowie Vollstreckung von Einziehung nach §§ 73 ff StGB

10. **Vollstreckung von Geldbußen und Erzwingungshaft sowie Ordnungsgeldern und Ordnungshaft in Abgrenzung zur Geldstrafe**
11. **Vollstreckung gegen Jugendliche**
12. **Europäisches Vollstreckungsrecht**
Europäischer Haftbefehl – Vollstreckung einer Geldstrafe oder Freiheitsstrafe im Ausland
13. **Gnadenverfahren**
14. **Vollstreckungsverjährung**
15. **Arbeitstechnische Übungen im Bereich des Strafrechtes**
 - a) **Privatklage**
Anklageschrift – Sühneversuch, Befreiung – Strafantrag, Antragsfristen – Prozesskostenhilfe
 - b) **Rechtsmittel**
Beschwerde, Berufung, Revision – Revisionsanträge und ihre Begründung, Sachrüge, Verfahrensrüge – Form, Frist – Beratungs- und Belehrungspflicht, Übernahme der Verantwortung durch die aufnehmende Rechtspflegerin oder den aufnehmenden Rechtspfleger, obergerichtliche Rechtsprechung

Registerrecht

251 LVS

Vorbemerkung

Das fachwissenschaftliche Studium des gesamten Registerrechts soll den Studierenden die für ihre Berufspraxis als Registerrechtspflegerin oder Registerrechtspfleger benötigten besonderen Rechtskenntnisse vermitteln. Außerdem soll das Bewusstsein für die Bedeutung des Handelsregisters für das Wirtschaftsgeschehen als Ganzes sowie des Vereins- und Genossenschaftsregisters entwickelt werden. Dabei werden – unter Berücksichtigung des Europarechts und des elektronischen Rechtsverkehrs – auch Querverbindungen zu bereits bekannten Rechtsgebieten wiederholt und neue interdisziplinäre Bezüge, auch zu verfahrensrechtlichen Vorschriften, hergestellt.

Der Inhalt des Lehrplans wurde bewusst offengehalten. Neue Studieninhalte ergeben sich aus der intensiven Rechtsfortbildung durch Rechtsprechung und Wissenschaft gerade im Fach „Registerrecht“, besonders aber aus dem ständig an Bedeutung zunehmenden europäischen Recht.

Das Verständnis für den handelsrechtlichen Kaufmannsbegriff wird ausgehend vom einzelkaufmännisch geführten Unternehmen entwickelt und bei der Beschäftigung mit den Personengesellschaften vertieft. Hierbei werden die rechtlichen Strukturen einschließlich der Befähigung zu deren Umsetzung in der registerrechtlichen Sachbearbeitung vermittelt. Verbindungen zu anderen Formen unternehmerischer Betätigung werden hergestellt.

Die gemeinsamen Strukturelemente der Kapitalgesellschaften sollen am Beispiel der GmbH erlernt werden. Darauf aufbauende Kenntnisse der Grundstruktur anderer Formen von Kapitalgesellschaften sollen die Absolventen dazu befähigen, in der späteren Dezernatsarbeit auch die hieraus folgenden Aufgaben alsbald bewältigen zu können.

Wesentliches Ziel des Unterrichts soll neben der Wissensvermittlung auch die Befähigung sein, die erworbenen theoretischen Kenntnisse unter Einsatz effektiver Arbeitsmethoden in sachgerechte Entscheidungen einfließen zu lassen, die inhaltlich eindeutig und in einer für den rechtsuchenden Bürger verständlichen, klaren Sprache abgefasst sind.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Überblick im Handelsregister

Registerarten – Einrichtung und Funktion des Handelsregisters – Registerpublizität – Bekanntmachung von Eintragungen

2. Verfahrensrechtliche Einordnung

Zuständigkeiten – Antrag als Verfahrenseinleitung – Anmeldungen zum Handelsregister – Amtsverfahren – Entscheidungen – Rechtsmittel – Verhältnis formelles und materielles Recht

3. Der Kaufmann

Gewerbe – Handelsgewerbe – Arten der Kaufleute

4. Die Firma

Bedeutung der Firma – Firmenbildung bei Einzelkaufleuten und Gesellschaften – Arten der Firma – Firmengrundsätze – Firmenänderung – Firmenmissbrauchsverfahren

5. Das Eintragungsverfahren

Prüfung einer Handelsregisteranmeldung – eintragungspflichtige und eintragungsfähige Tatsachen – Ersteintragung von Einzelkaufleuten – Änderungen bei Einzelkaufleuten

6. Die offene Handelsgesellschaft

Rechtsnatur – Entstehung – persönlich haftende Gesellschafter – Ersteintragung – Haftung – Vertretung – Änderungen – Auflösung – Liquidation – Erlöschen/Vollbeendigung

7. Die Prokura

Vertretung – Arten der Prokura – Person des Prokuristen – Umfang der Prokura – Änderung – Widerruf – Erlöschen

8. Die Kommanditgesellschaft

Rechtsnatur – Entstehung – Komplementär – Kommanditisten – Ersteintragung – Haftung – Vertretung – Änderungen – Auflösung – Liquidation – Erlöschen/Vollbeendigung

9. Die Partnerschaftsgesellschaft

Rechtsnatur – Entstehung – Partner – Ersteintragung – firmenrechtliche Besonderheiten – Haftung – Vertretung – Änderungen – Auflösung – Liquidation

10. Zwangsmaßnahmen im Handelsregisterverfahren

Zwangsgeld – Ordnungsgeld – Verfahrensrecht – Voraussetzungen – Verfahrensablauf

11. Die juristische Person

Begriff der juristischen Person – Überblick über die juristischen Personen des öffentlichen und Privatrechts – Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit aus dem Recht der europäischen Union

12. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Rechtsnatur, Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung – Entstehung der GmbH – Gründungsverfahren einschließlich vereinfachter Gründung und Entwicklung der Haftungsverhältnisse – Struktur der Gesellschaft und ihrer Organe: Mitgliedschaft und Geschäftsanteil, Übertragung, Verpfändung, Pfändung, Vererbung, Einziehung des Geschäftsanteils, Austritt, Ausschluss eines Gesellschafters – Geschäftsführer: Aufgaben, Bestellung, Abberufung, Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht, abstrakte und individuelle Regelungen, Geschäftsführerwechsel, Bestellung eines Notgeschäftsführers – Gesellschafterversammlung: Aufgaben, Einberufung und Durchführung, Willensbildung, Stimmrecht, fehlerhafte Beschlüsse – Gesellschafterliste – Aufsichtsrat: Begriff, Aufgaben, obligatorischer und fakultativer Aufsichtsrat, betriebliche und Unternehmensmitbestimmung in Kapitalgesellschaften – Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) – Finanzverfassung der Gesellschaft: Aufbringung und Erhaltung des Stammkapitals, Ausfallhaftung, Nachschusspflicht, Gesellschafterdarlehen – Ersteintragung: Aufgaben und Befugnisse des Registergerichts, Prüfungsumfang und -technik – Vorratsgesellschaft und wirtschaftliche Neugründung – Satzungsänderungen (einschließlich

Kapitalmaßnahmen, Sitzverlegung, Unternehmensverträge) – Auflösung und Fortsetzung der GmbH – Löschung wegen Vermögenslosigkeit und Nachtragsliquidation – GmbH & Co. KG – Zweigniederlassungen

13. Die Aktiengesellschaft

Rechtsnatur – Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung – Begriff der Aktie – Gründung – Struktur der Gesellschaft und ihrer Organe – Ersteintragung – Nachgründung – Satzungsänderungen und ihre Eintragung – Grundzüge der Kapitalmaßnahmen – Sonderformen der Aktiengesellschaft – Zweigniederlassungen

14. Umwandlungen unter Beteiligung von Personenhandels- und Kapitalgesellschaften

Umwandlungen außerhalb des Umwandlungsgesetzes – Arten der Umwandlung nach dem Umwandlungsgesetz – Formwechsel – Verschmelzung – Spaltung – grenzüberschreitende Umwandlungsvorgänge

15. Der Verein

Rechtsnatur – Abgrenzung der Vereinstypen (nicht rechtsfähiger Verein/rechtsfähiger Verein, wirtschaftlicher Verein/Idealverein) – Entstehung eines Vereins – Gründung – Vorverein – Haftungsfragen – Vereinszweck – Organe des Vereins und deren Funktionen (Mitgliederversammlung, Vorstand, Notvorstand, besonderer Vertreter) – Ersteintragung (Prüfungsumfang des Registergerichts) – Wirkungen der Eintragung – Vertrauensschutz – Satzungsänderungen – Änderungen des Vorstands – Beendigung des Vereins (Auflösung, Liquidation, Erlöschen, Amtslöschung, Verlust der Rechtsfähigkeit)

16. Die Genossenschaft

Rechtsnatur – Organe – Mitgliedschaft – Kapital – Haftung – Ersteintragung (Prüfungsbefugnisse des Registergerichts) – Bescheinigung des Prüfungsverbands – Änderungen – Beendigung

Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht

160 LVS

Vorbemerkung

Innerhalb der Lehrveranstaltungen sollen die Studierenden die theoretischen Kenntnisse erlangen, welche für den Aufgabenbereich der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers in den Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung notwendig sind, um diesen selbständig wahrzunehmen.

Neben dem Erlangen eines fundierten theoretischen Fachwissens über die Voraussetzungen und den Ablauf des Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahrens sowie der weiteren in dem Zwangsversteigerungsgesetz geregelten Sonderformen der sonstigen Versteigerungen sollen die Studierenden auch anhand praktischer Übungen die Abhaltung der in diesem Rechtsgebiet notwendigen Termine erlernen und sich mit besonderen Terminalsituationen vertraut machen.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Allgemeine Grundlagen des Zwangsversteigerungsrechts

Zwangsversteigerung als Teil des 8. Buchs der ZPO – die verschiedenen Vollstreckungsmöglichkeiten in das unbewegliche Vermögen – Gegenstand des Verfahrens – Grundsätze des Zwangsversteigerungsverfahrens – Abgrenzung persönlicher Ansprüche gegenüber dinglichen Ansprüchen

2. Das Anordnungs- und Beitrittsverfahren

Anordnungsvoraussetzungen – Zuständigkeiten – Anordnungsbeschluss – Maßnahmen aus Anlass der Anordnung – Beitrittsantrag und Beitrittsbeschluss – Grundsatz der Einzelvollstreckung und Verbindung von Verfahren – Kosten des Anordnungs- bzw. Beitrittsverfahrens

3. Der Versteigerung entgegenstehende Rechte (§ 28 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (ZVG))

4. Die Beschlagnahme

Wirksamwerden – Wirkung – Umfang

5. Behandlung von Grundstückszubehör in der Zwangsversteigerung

Einstweilige Einstellung bzw. Aufhebung hinsichtlich Zubehörstücke zu unterschiedlichen Verfahrenszeitpunkten – Mitversteigerung fremden Zubehörs – Ansprüche des Zubehöreeigentümers nach Zuschlagserteilung

6. Die Zustellung im Zwangsversteigerungsverfahren

Zustellung durch Aufgabe zur Post – Besonderheit des Zustellungsvertreeters

7. Einstweilige Einstellung des Verfahrens auf Bewilligung des Gläubigers

Bewilligung des Gläubigers – Fortsetzung des Verfahrens – Aufhebung des Verfahrens – Einfluss auf die Beschlagnahme

**8. Einstweilige Einstellung des Verfahrens auf Antrag des Schuldners
oder des Insolvenzverwalters**

Voraussetzungen für die Einstellung – Möglichkeit der Einstellung nach anderen gesetzlichen Vorschriften außerhalb des ZVG

9. Mietverhältnisse

Einfluss der Beschlagnahme und des Zuschlags auf bestehende Mietverhältnisse – Ermittlung und Belehrung der Mieter – Sonderkündigungsrecht des Erstehers

10. Die Ermittlung und Festsetzung des Verkehrswertes

Bedeutung des Wertes für das Verfahren – Arten der Wertermittlung – Festsetzungsbeschluss – Relative Rechtskraft der Festsetzung

11. Die Bestimmung des Versteigerungstermins

Inhalt der Terminbestimmung – Fristen – Veröffentlichung – Folgen von inhaltlich falschen Bekanntmachungen oder Fristverstößen

12. Das Rangsystem des ZVG

Abgrenzung von laufenden und rückständigen Ansprüchen – Ränge des § 10 ZVG – Fälligkeitsarten von wiederkehrenden Leistungen

13. Der Ablauf eines Zwangsversteigerungstermins

Inhalt des Terminprotokolls – Bekanntgabe der Anmeldungen – Bekanntgabe der Versteigerungsbedingungen – Abweichende Versteigerungsbedingungen – Bietzeit – Anhörung der Beteiligten über den Zuschlag – Zuschlag im Versteigerungstermin bzw. in einem gesonderten Termin

14. Das geringste Gebot

Bedeutung – mehrere betreibende Gläubiger – verspäteter Beitritt – einstweilige Einstellung des bestrangig betreibenden Gläubigers – persönlich betreibende Gläubiger – Rangverhältnis zwischen persönlich betreibenden Gläubigern und nachrangigen dinglichen Rechten – Ermittlung des Rangverhältnisses der Gläubiger bzw. Berechtigten auch unter Beachtung der grundbuchrechtlichen Ränge – Berücksichtigung von Vormerkungen und besonderen Grundbuchrechten wie Zwangssicherungs-, Arrest- oder Höchstbetrags-sicherungshypotheken und Eigentümergrundschulden – Ermittlung des geringsten Gebotes bei der Versteigerung mehrerer Grundstücke im Einzel-, Gruppen- oder Gesamtausgebot – Verteilung von Gesamtgrundpfandrechten

15. Die Sicherheitsleistung

Zweck – Art – Höhe – Folgen mangelhafter Sicherheit – Weitere Behandlung der Sicherheitsleistung nach Zuschlag – Rückgabe

16. Die Behandlung von Geboten

Rechtsnatur – Abgabe von Geboten – Abgabe durch Vertreter oder Bevollmächtigte – Zulassung – Widerspruch gegen Zulassung bzw. Zurückweisung – Folgen der Nichtabgabe von Geboten

17. Die Auswirkungen von Zahlungen

Zahlung des Schuldners oder eines Dritten außerhalb des Verfahrens – Zahlungen während des Versteigerungstermins – Zahlungen nach Zuschlag – Auswirkung des § 76 ZVG bei Versteigerung mehrere Grundstücke

18. Der Zuschlag

Zuschlagsversagung wegen Nichterreicherung der Wertgrenzen – weitere Versagungsgründe – Heilung von Zuschlagsversagungsgründen – Inhalt des Zuschlagsbeschlusses – Wirksamwerden des Zuschlags – Anfechtung des Zuschlags – Zuschlag bei Gebotsabgabe durch einen verdeckten Vertreter oder nach Abtretung der Ansprüche aus dem Meistgebot

19. Das Erlösverteilungsverfahren

Ermittlung bzw. Berechnung der Teilungsmasse – Ermittlung der Verfahrenskosten – Erstellung des Teilungsplans und des Terminprotokolls – Berücksichtigung verspäteter Anmeldungen – Berücksichtigung erlöschender Rechte der Abteilung II des Grundbuchs – Berücksichtigung bedingter bzw. betagter Ansprüche – Behandlung nicht valutierter Rechte – Auswirkung von Minderbetreiben, Minderanmeldung oder Verzicht – Behandlung unbekannter Berechtigter – Ermittlung von Zuzahlungsfällen – Erlösverteilung bei der Versteigerung mehrerer Grundstücke bei Einzel- oder Gesamtausgebot (§§ 112, 122 ZVG) – Anfechtung des Teilungsplans – Löschungsvormerkungen und gesetzlicher Lösungsanspruch bei bestehenbleibenden und erloschenen Rechten – Grundbuchersuchen und Behandlung von Titeln

20. Das Wiederversteigerungsverfahren

Vollstreckungsrechtliche Voraussetzungen – Eintragung von Sicherungshypotheken – Besonderheiten bei der Feststellung des geringsten Gebots und im Verteilungsverfahren

21. Einigung der Beteiligten über die Verteilung des Erlöses sowie das außergerichtliche Verteilungsverfahren

22. Die Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft

Gemeinschaftsformen – Antragsberechtigung – Besonderheiten des Verfahrens gegenüber der Zwangsversteigerung wie z.B. Vorkaufsrecht oder Teilungsausschluss – Anordnung – Besonderheiten des geringsten Gebots – Verteilungsverfahren – Behandlung eines Erlösüberschusses

23. Das Zwangsverwaltungsverfahren

Zweck – Gegenstand – Anordnungsvoraussetzungen – Auswirkung von Nießbrauch oder Güterstand auf die Anordnung – einstweilige Einstellung

24. Die Beschlagnahme im Zwangsverwaltungsverfahren

Wirksamwerden – erweiterter Umfang gegenüber der Zwangsversteigerung – Einziehung von Mieten durch den Zwangsverwalter

25. Der Zwangsverwalter

Rechtsstellung – Aufgaben – Institutsverwaltung – Schuldner als Zwangsverwalter

26. Der Teilungsplan der Zwangsverwaltung

Gliederung – Ränge von Berechtigten bzw. Gläubigern – Aufzunehmende Ansprüche – Zahlungsanordnung an Verwalter – Protokoll – Anfechtbarkeit – Notwendige Änderungen des Teilungsplans z.B. nach Beitritt eines Gläubigers – Kapitalzahlungstermin – Ausführung des Teilungsplans und Grundbuchersuchen

27. Die Beendigung des Zwangsverwaltungsverfahrens

Gesetzliche Aufhebungstatbestände der Zwangsverwaltung – Aufhebung infolge Zuschlagserteilung in einer parallelen Zwangsversteigerung

Insolvenzrecht

120 LVS

Vorbemerkung

Die Studierenden sollen in den Lehrveranstaltungen in erster Linie mit den Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers in den Verfahren nach der Insolvenzordnung vertraut gemacht werden. Diese Verfahren gehören nach dem Rechtspflegergesetz zum Bereich der Vorbehaltsübertragungen. Hieraus ergibt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Richter und Rechtspfleger. Die Verzahnung der verschiedenen Verfahrensabschnitte mit ihren unterschiedlichen funktionellen Zuständigkeiten macht es erforderlich, dass die Studierenden auch mit den Aufgaben vertraut gemacht werden, die unter dem Richtervorbehalt des § 18 RPflG stehen.

Im Bereich des materiellen Insolvenzrechts und bzgl. der Tätigkeit des Insolvenzverwalters im Einzelnen sollen Grundkenntnisse vermittelt werden, die zum Verständnis des Gesamtverfahrens und für die gerichtliche Überwachung des Insolvenzverwalters gemäß § 58 Abs. 1 InsO erforderlich sind.

Neben den Aufgaben der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers im Insolvenzverfahren sind die Studierenden auch mit den Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens auf andere Rechtsgebiete vertraut zu machen. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Zwangsvollstreckungs-, Grundbuch- und Registerrechts. Weiterhin sind aufgrund von § 18 Abs. 4 RPflG die insolvenzspezifischen Besonderheiten im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht sowie im Rechnungswesen darzustellen.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Grundstrukturen des Insolvenzrechts

Einordnung in die Zwangsvollstreckungssystematik – Ziele – Verfahrensarten und Verfahrensabläufe (Überblick) – Gläubiger im Insolvenzverfahren (Überblick) – Zuständigkeiten

2. Das Eröffnungsverfahren

Insolvenzfähigkeit – Insolvenzantrag – Insolvenzgründe – Tätigkeiten des Insolvenzgerichts bis zur Eröffnung – Gutachterauftrag – Anordnung von vorläufigen Maßnahmen – Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters – Entscheidung über den Eröffnungsantrag – Abweisung mangels Masse – Kostenstundung

3. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Inhalt des Eröffnungsbeschlusses – Veröffentlichungen – Zustellungen – Mitteilungen – Grundbuchersuchen – Anordnung Postsperre

Wirkungen der Verfahrenseröffnung – gesellschaftsrechtliche Auswirkungen – Insolvenzmasse – Entscheidungen nach § 36 Abs. 4 InsO – Verlust der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Schuldners – Zwangsvollstreckungsverbote – Prozessunterbrechung – Auskunft- und Mitwirkungspflichten des Schuldners – Aufrechnung – Insolvenzanfechtung

Erfüllung der Rechtsgeschäfte – Fortbestehen der Arbeitsverhältnisse – Betriebsübergang – Kündigung – Freistellung – Insolvenzgeld – Arbeitslosengeld I und II – Gleichwohlgewährung – Sozialplan – Auffanggesellschaft

4. Der Insolvenzverwalter und die Organe des Insolvenzverfahrens

Insolvenzverwalter – Bestellung – Aufgaben und Pflichten – insbesondere handelsrechtliche und steuerrechtliche Rechnungslegungspflichten – Überwachung durch das Insolvenzgericht – Entlassung – Haftung – Sonderinsolvenzverwalter – Vergütung des Insolvenzverwalters (Überblick)

Gläubigerausschuss – Bestellung – Aufgaben und Pflichten – Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses

Gläubigerversammlung – Rechte – Einberufung – Feststellung der Stimmrechte – Beschlussfassung – Berichtstermin

5. Rechtliche Einteilung der Gläubiger

Aussonderungsberechtigte Gläubiger – Absonderungsberechtigte Gläubiger – Massegläubiger – Insolvenzgläubiger, Forderungsanmeldung, Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen des Schuldners u. ä., Prüfungstermin, nachträgliche Forderungsanmeldung – Neugläubiger – Einordnung von Steuerforderungen

6. Verwaltung und Verwertung der Insolvenzmasse

Inbesitznahme – Verwertung von Gegenständen mit Absonderungsrechten und ohne Absonderungsrechte – Kostenbeiträge einschließlich Umsatzsteuer – Zustimmungspflichtige Rechtshandlungen des Insolvenzverwalters

7. Abschlagsverteilung

8. Beendigung des Insolvenzverfahrens

Prüfung der Schlussrechnung des Verwalters – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters – Gerichtskosten – Schlussverteilung, Verteilungsverzeichnis, Schlusstermin – Aufhebungsbeschluss – Nachtragsverteilung – Erteilung vollstreckbarer Tabellenauszüge – Einstellung mangels Masse – Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit – Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrundes bzw. mit Zustimmung der Gläubiger

9. Besonderheiten im Verbraucherinsolvenzverfahren

außergerichtliche Schuldenbereinigung – Eröffnungsantrag des Schuldners, Inhalt, Anlagen – gerichtliches Verfahren über den Schuldenbereinigungsplan – schriftliches Verfahren

10. Restschuldbefreiungsverfahren

Antrag des Schuldners – Ankündigung der Restschuldbefreiung – Rechtsstellung und Aufgaben des Treuhänders – Obliegenheiten des Schuldners – Versagung der Restschuldbefreiung – Entscheidung über die Restschuldbefreiung – vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung – Wirkungen der Restschuldbefreiung – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Treuhänders – funktionelle Zuständigkeiten

11. Insolvenzplanverfahren (Überblick)

12. Besonderheiten im Eigenverwaltungsverfahren

Voraussetzungen – Rechtsstellung des Sachwalters und des Schuldners – Schutzschirmverfahren

13. Besonderheiten im Nachlassinsolvenzverfahren

14. Grundzüge des Sozialrechts und soziale Sicherung des Arbeitnehmers in der Insolvenz des Arbeitgebers

Überblick über das Sozialrecht – Grundsätze des Sozialrechts – Insolvenzgeld – Kurzarbeitergeld – Arbeitslosengeld I

Justizverwaltung und Organisation

40 LVS

Vorbemerkung

Die Studierenden sollen in den Lehrveranstaltungen verschiedene Aspekte der Justizverwaltung kennenlernen. Vermittelt werden dazu vertiefende Grundlagen im Rahmen des allgemeinen Beamten- sowie Dienst- und Disziplinarrechts. Weiterhin sollen Grundzüge des Tarifrechts sowie Beteiligungsrechte und -pflichten dargestellt werden.

Darüber hinaus sollen den Studierenden die Grundprinzipien des Organisations- und Haushaltswesens vermittelt werden.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Führungskompetenz – Führungsverhalten

Anforderungen an Führungskräfte und Aufgaben von Führungskräften, Führungsstile /-verhalten, Motivation

2. Beamtenrechtliche Personalmaßnahmen

Abordnung – Versetzung – Umsetzung – Zuweisung – Beförderungen – Rechtsbehelfe – Beurteilungswesen - Nebentätigkeiten

3. Grundzüge des Disziplinar- und Dienstrechts

Verfahrensgrundsätze – Dienstvergehen, Disziplinarmaßnahmen – Gerichtliches, außergerichtliches Disziplinarverfahren – Dienstaufsicht

4. Haushalt und Budgetierung

Allgemeine Einführung in die Grundlagen des Haushaltsrechts

5. Aufbau- und Ablauforganisation

6. E-Justice

7. Grundzüge des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes (Thüringen TV-L, Hessen TV-H)

8. Grundzüge des Personalvertretungs-, Schwerbehinderten- und Gleichstellungsrechts (insbesondere Beteiligungsrechte und -pflichten)

Wirtschaftswissenschaften

50 LVS

Vorbemerkung

Die Vermittlung betriebswirtschaftlicher Kenntnisse ist erforderlich für die Erfüllung spezifischer Rechtspflegeraufgaben im Bereich des Familienrechts, des Insolvenzrechts und des Registerrechts. Den Studierenden soll in den Lehrveranstaltungen die Bedeutung wirtschaftswissenschaftlicher Kenntnisse für das Verstehen der marktwirtschaftlichen Ordnung, das gewinnorientierte Handeln von Unternehmen sowie die zunehmende Bedeutung von Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten im Bereich der Justiz bzw. der öffentlichen Haushalte und der damit verbundenen Ressourcensteuerung verständlich gemacht werden.

Dazu werden zunächst volkswirtschaftliche Zusammenhänge in ihren Grundzügen und Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre/öffentlichen Betriebswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der in diesem Bereich notwendigen Kenntnisse für spezifische Rechtspflegeraufgaben dargestellt. Der Schwerpunkt liegt auf dem Bereich des externen Rechnungswesens, damit die Studierenden grundlegende Kenntnisse im Rahmen von Bilanzkunde sowie Werthaltigkeitsüberlegungen erhalten.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Grundlagen der Volkswirtschaftslehre

Allgemeine Aufgaben/Abgrenzung Volks- und Betriebswirtschaftslehre – Ökonomisches Prinzip – Wirtschaftsordnungen – volkswirtschaftliche Sektoren – volkswirtschaftliche Kreislaufprozesse – Wirtschaftspolitik – öffentliches Haushaltswesen

2. Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre

Betriebliche Produktionsfaktoren – Wirtschaftlichkeit – Erfolgsbildung – Erfolgsmessung – Erfolgsverwendung

3. Grundlagen des Rechnungswesens

Dokumentations- und Kontrollaufgaben – Bestandteile Rechnungswesen, externes Rechnungswesen, internes Rechnungswesen, öffentliches Rechnungswesen

4. Grundlagen des externen Rechnungswesens (Doppik)

Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung – Inventur, Inventar, Bilanz – Bewertungsmaßstäbe – Buchungen auf Bestandskonten – Buchungen auf Erfolgskonten – Abschluss der Erfolgskonten (Gewinn- und Verlustrechnung) – Abschluss der Bestandskonten – Jahresabschluss

5. Grundlagen des internen Rechnungswesens (Kosten- und Leistungsrechnung)

Kostenrechnungssysteme – Kostenrechnung auf Vollkostenbasis

6. Werthaltigkeitsbeurteilung von Unternehmen bzw. Unternehmensteilen

Einnahme-Überschuss-Rechnung – Bestandteile des Jahresabschlusses – Überblick über die Jahresabschlussanalyse – Grundlagen des Bilanzaufbaus – Die Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamt-, Umsatzkostenverfahren – Unternehmensbewertungen

7. Controlling, insbesondere Justizcontrolling

Aufgaben des Controllings – Strategisches und operatives Controlling – Controllinginstrumente – Justizcontrolling

Schlüsselkompetenzen II

24 LVS

Vorbemerkung

Inhalte der Lehrveranstaltungen

Gesprächsführung, Konfliktmanagement/-bewältigung, Rhetorik

Feedback geben und erhalten – Aufbau und Struktur eines Gesprächs einschließlich schwieriger Gesprächssituationen/Kritikgesprächen – Moderation in der Gruppe – Definition von Konflikten – Konfliktarten und -ebenen – Bewältigungsstrategien für Konflikte – Grundlagen der Rhetorik – Techniken der Sprache und Strukturierung der Rede – Aspekte der Mimik, Gestik und Körperhaltung

**Fachstudium I und II (Studienabschnitte I und III) -
Wahlpflichtfächer**

Arbeitsrecht und Arbeitsgerichtsverfahren

18 LVS

Vorbemerkung

Das Ausbildungsziel für die Lehrveranstaltungen im Lehrgebiet „Arbeitsrecht und Arbeitsgerichtsverfahren“ besteht darin, den Studierenden einen Überblick über das gesamte Arbeitsrecht als einem Sonderrecht des allgemeinen Zivilrechts sowie eine Einführung in das arbeitsgerichtliche Verfahren mit seinen gegenüber der Zivilprozessordnung abweichenden Verfahrensgrundsätzen und Sonderregelungen zu geben.

Entsprechend den Aufgabengebieten der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers liegt das Schwergewicht der Veranstaltung auf dem Individualarbeitsrecht und auf dem Tarifrecht, wohingegen das kollektive Arbeitsrecht ansonsten, wie etwa das Arbeitskampfrecht und das Betriebsverfassungs- bzw. Personalvertretungsrecht, nur in den Grundzügen angesprochen wird.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Begriff und Wesen des Arbeitsrechts

Arbeitsrecht als Sonderrecht der in abhängiger Stellung Tätigen – Abgrenzung zum Beamtenrecht – die Rechtsbeziehung des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber, zu anderen Arbeitnehmern und zum Staat

2. Geschichtliche Entwicklung des Arbeitsrechts

Herausbildung des Arbeitsrechts im Zeitalter der beginnenden Industrialisierung – Entwicklungen der Gewerkschaft und Herausbildung eines Tarifrechts – Verbesserung der individuellen Stellung des Arbeitnehmers und starkes Hervortreten des Kollektivgedankens nach 1914 – das nationalsozialistische Arbeitsrecht – Neuaufbau eines sozialstaatlichen Arbeitsrechts nach 1945 – Versuche der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches

3. Grundgedanken des Arbeitsrechts

Arbeitnehmerschutzrecht – Interessenausgleich – personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis – betriebliche Mitbestimmung – kollektives Arbeitsrecht

4. Rechtsquellen des Arbeitsrechts

Staatlich gesetztes Arbeitsrecht (Grundrechte, Gesetzesrecht) – Gesamtvereinbarungen wie Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder Dienstvereinbarung – Arbeitsvertrag – ungeschriebenes Arbeitsrecht wie Gleichbehandlungsgrundsatz, betriebliche Übung, Beschäftigungspflicht – Pyramide der arbeitsrechtlichen Rechtsquellen i.V.m. §§ 134, 139 BGB

5. Grundbegriffe des Arbeitsrechts

Begriff des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers – Abgrenzung von Betrieb und Unternehmen – Begriff des Arbeitsvertrages – Abgrenzung zum Dienstvertrag eines in selbständiger Stellung Beschäftigten – neue Rechtsformen der Scheinselbständigkeit – berufliche Gliederung der Arbeitnehmer – Abgrenzung Angestellte und Arbeiter

6. Begründung des Arbeitsverhältnisses

Zustandekommen und Inhalt des Arbeitsvertrages – Verhandlungen vor Abschluss des Arbeitsvertrages – Einstellungsfragebogen – Zulässigkeit von graphologischen Gutachten und Eignungstests – Form des Arbeitsvertrages – Abschlussverbote und -gebote – Bedeutung des Artikels 33 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland für Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst – Konkurrentenklage

7. Arten der Arbeitsverhältnisse

Befristete Arbeitsverhältnisse – Probearbeitsverhältnisse – Aushilfsarbeitsverhältnisse – Teilzeitarbeitsverhältnisse – Job-Sharing – Leiharbeitsverhältnisse – Berufsausbildungsverhältnisse

8. Einzelprobleme aus dem Arbeitsverhältnis

Arten der Vergütung, Lohn, Gehalt, Provision, Zulagen, Prämien, Akkord- und Zeitlohn – Lohnabzüge – Pfändbarkeit von Vergütung nach der ZPO – Behandlung der Vergütung im Insolvenzverfahren – Gratifikation und Zuwendung – Lohnzahlung bei Leistungshindernissen, persönliche Verhinderung, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle, Annahmeverzug, Unmöglichkeit der Leistung, Betriebsrisikolehre – Urlaubsrecht

9. Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Aufhebungsvertrag – Befristung – Betriebsübergang – Anfechtung – Erreichung des Rentenalters – Kündigung

10. Kündigung des Arbeitsverhältnisses

Arten der Kündigung, ordentliche Kündigung, außerordentliche Kündigung, Änderungskündigung, Teilkündigung – Abmahnung – Mängel der Kündigung – besonderer Kündigungsschutz bestimmter Arbeitnehmergruppen, Schwerbehinderte, Schwangere, junge Mütter, Abgeordnete, Betriebs- und Personalratsmitglieder – Beteiligung von Betriebsrat und Personalrat vor Ausspruch einer Kündigung – Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes – Voraussetzungen der Wirksamkeit von personen-, verhaltens- und betriebsbedingten Kündigungen – Erhebung einer Kündigungsschutzklage – Auflösung des Arbeitsverhältnisses und Abfindungszahlung – Rechtsfolgen einer erfolgreichen Kündigungsschutzklage, Vergütung aus Annahmeverzug, Weiterbeschäftigungsanspruch

11. Überblick über das kollektive Arbeitsrecht

Tarifrecht, Arten des Tarifvertrages, Zustandekommen eines Tarifvertrages, Wirkung eines Tarifvertrages, Arten der Tarifbindung – Besonderheiten von Tarifverträgen im öffentlichen Dienst – Beteiligungsrechte von Betriebsrat und Personalrat bei personellen, sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten

12. Verfahren vor dem Arbeitsgericht

Arbeitsgerichtsbarkeit als eine der Sondergerichtsbarkeiten – Zuständigkeit und Arten der Verfahren – Sonderregelungen im Arbeitsgerichtsgesetz im Hinblick auf die Regelung der ZPO – Ablauf des Verfahrens – Rechtsmittel – Kostenrecht im Verhältnis zur ZPO und zum GKG

Grundlagen des Steuerrechts

18 LVS

Vorbemerkung

Das Ausbildungsziel für die Lehrveranstaltungen im Lehrgebiet Grundlagen des Steuerrechts besteht darin, den Studierenden Grundkenntnisse über die wichtigsten Steuerarten und deren Erhebung zu vermitteln.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Grundlagen des Steuerrechts

Steuerbegriff – Steuern und Steuerarten im Überblick – Ertragshoheit – Steuergegenstand – rechtliche Besteuerungsgrundlagen

2. Einführung in die Abgabenordnung

Grundlagen – Besteuerungsverfahren – Festsetzung des Steueranspruchs (Steuerbescheid) – Rechtsbehelfsverfahren – Verwirklichung des Steueranspruchs

3. Grundzüge des Einkommensteuerrechts

Einführung – Steuerpflicht – Einkunftsermittlung/Steuerermittlung – Steuererhebung

4. Grundzüge der Besteuerung von Gesellschaften

Grundzüge des Körperschafts- und Gewerbesteuerrechts – Steuerpflicht – Einkommens- und Steuerermittlung i.R.d. Körperschaftssteuer – Steuererhebung – Gegenstand der Besteuerung i.R.d. Gewerbesteuer – Steuerschuldverhältnis – Entstehung, Berechnung und Fälligkeit der Gewerbesteuer

5. Grundzüge des Umsatzsteuerrechts

Systematik der Umsatzsteuer – Steuerbare Umsätze – Steuerbefreiungen – Bemessungsgrundlage – Steuersätze – Entstehung der Umsatzsteuer – Vorsteuerabzug – Besteuerungsverfahren

Wertpapierrecht

18 LVS

Vorbemerkung

Die Lehrveranstaltungen im Lehrgebiet Wertpapierrecht sollen einen Überblick über die speziellen Wertpapiergesetze, die Einzelregelungen und die peripheren Bestimmungen verschaffen.

Dabei soll einerseits der praktische Bezug des Wertpapierrechts zur Tätigkeit der Rechtspflegerin oder des Rechtspflegers insbesondere im Familien-, Vormundschafts- und Betreuungsrrecht vermittelt, andererseits die wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung des Wertpapierrechts für unsere Gesellschaft verdeutlicht werden.

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Grundzüge

Klassifizierung der Wertpapiere, insb. Inhaberpapiere, Orderpapiere, Rektapapiere, Namenspapiere mit Inhaberklausel – „klassischer“ und kapitalmarktrechtlicher Wertpapierbegriff – Berührungspunkte des Rechtspflegers mit Wertpapieren – „Magisches Dreieck“ der Vermögensanlage: Sicherheit/Rendite/Liquidität – Grundregeln und generelle/spezielle Risiken der Vermögensanlage

2. Verzinsliche Wertpapiere

Insb. Bundes- und Kommunalanleihen – Pfandbriefe und Kommunalobligationen – Unternehmensanleihen

3. Aktien

Inbes. Inhaberaktie – Namensaktie – Nennwertaktie – Stückaktie – Stammaktie – Vorzugsaktie – Spezielle Risiken bei Aktien

4. Genussscheine bzw. Genussrechte

5. Zertifikate

6. Offene und geschlossene Investmentfonds

7. Optionsscheine und sonstige Investments

8. Mündelsicherheit der Anlageformen

9. Die Börse

Organisationsrecht – Funktion und Arbeitsweise – Handel an der Börse – Wertpapierhandels- und Depotgesetz – Insiderregelungen – Indizes

10. Überblick über das Wechsel- und Scheckrecht

Struktur und wirtschaftliche Bedeutung – Ausstellung des Wechsels und Form – Haftung der Wechselbeteiligten – Euroscheck – Wechsel- und Scheckprozess

Berufspraktikum II (Studienabschnitt IV)

Vorbemerkung

Die folgenden Studienpläne regeln die im Studienabschnitt IV stattfindende berufspraktische Ausbildung im Strafvollstreckungsrecht, Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht, Insolvenzrecht, Grundbuchrecht und Registerrecht.

Im Übrigen gilt die Vorbemerkung zum Berufspraktikum I (Studienabschnitt II) entsprechend.

Die Anwärterinnen und Anwärter sollen – insbesondere im Insolvenz- und Zwangsversteigerungsgericht – einzelne Termine abhalten.

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Strafvollstreckungsrecht

4 Wochen Staatsanwaltschaft

2 Wochen Amtsgericht

Ausbildungsinhalte

a) Ausbildung bei der Staatsanwaltschaft

1. Freiheitsstrafe

Vollstreckungseinleitung – Gesamtstrafenprüfung – Überprüfung der Strafzeitberechnung – Überwachung der Entlassung aus dem Vollzug – Erlass eines Vollstreckungshaftbefehls und Fahndungsmaßnahmen – Aufschub und Unterbrechung nach § 455 StPO – Aufschub nach § 456 StPO – Absehen von der Vollstreckung nach § 456a StPO – Zurückstellung nach §§ 35, 36 BtMG – Vollstreckung eines Strafrestes bei Widerruf der Strafaussetzung – Zusammentreffen mehrerer Freiheitsstrafen oder Freiheitsstrafen mit Maßregeln der Besserung und Sicherung – Vollstreckung eines Strafrestes

2. Geldstrafe

Zahlungsaufforderung – Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zur Beitreibung von Geldstrafen bei Säumigkeit – Zahlungserleichterungen – Gesamtstrafenvorbereitung – JUKOS-Verfahren – Tilgung der Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeit

3. Maßregeln der Besserung und Sicherung

Freiheitsentziehende Maßregeln – Berechnung der Höchstfristverlängerung – Berechnung der Schattenstrafe – nicht freiheitsentziehende Maßregeln

4. Nebenstrafen und Nebenfolgen

Fahrverbot – Verlust der Wählbarkeit

5. Verwarnung mit Strafvorbehalt

6. Maßnahmen nach StGB und StPO

Einziehung – Durchführung der Beschlagnahme oder des Vermögensarrests – Notveräußerung – Verwertung eingezogener Gegenstände

7. Vollstreckung von Buß- und Ordnungsgeldern

8. Gnadensachen

9. Nachrichten

MiStra – Bundeszentralregister etc.

b) Ausbildung bei dem Amtsgericht

1. Vollstreckung

Erziehungsmaßregeln – Zuchtmittel – Jugendstrafe – Nebenstrafen und Nebenfolgen – Maßregelvollzug bei Jugendlichen – Einheitsstrafenbildung

2. Aufnahme von Anträgen

Revisionsbegründungen – Rechtsbeschwerden – Strafanzeigen und Anträge – Privat- und Nebenklage

3. Ordnungsgelder

4. Kostenfestsetzung in Strafsachen

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet

Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsrecht

6 Wochen

Ausbildungsinhalte

Zwangsversteigerungsverfahren

1. Verfahrensbeginn

Anordnung, Beitritt, Zurückweisung – Zustellungsvertreter – Verbindung und Trennung von Verfahren – Kosten der Anordnung bzw. des Beitritts

2. Einstweilige Einstellung des Verfahrens

Auf Bewilligung des Gläubigers – auf Antrag des Schuldners (auch gegen Auflagen) – hinsichtlich einzelner beweglicher Gegenstände – Fortsetzung des Verfahrens

3. Aufhebung des Verfahrens

Infolge Ablaufs der Fortsetzungsfrist – wegen entgegenstehender Rechte – nach Antragsrücknahme

4. Vorbereitung des Versteigerungstermins

Ermittlung aller Beteiligten – Verkehrswertfestsetzung – Bestimmung des Versteigerungstermins – Veröffentlichung des Termins – Mitteilung nach § 41 Abs. 2 ZVG – Entwurf des Terminprotokolls mit geringstem Gebot, Einzel- und Gruppenausgebot und Ersatzwerten – Ermittlung der vorläufigen Verfahrenskosten

5. Durchführung des Versteigerungstermins

Wertgrenzen nach §§ 74a und 85a ZVG - Bietungssicherheit – Zurückweisung von Geboten – Bietungsvollmacht – einstweilige Einstellung oder Aufhebung wegen Nichtabgabe von Geboten

6. Zuschlagsentscheidung

Zuschlagversagungsgründe – Zuschlag nach Ende der Bietungszeit – Verkündungstermin – Zuschlag nach Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot – Zuschlag bei verdeckter Vollmacht – Zuschlagsbeschwerde – Kosten des Zuschlags

7. Verteilungsverfahren

Bestimmung des Verteilungstermins – Berechnung der Schlusskosten – Aufstellung des Teilungsplans nach Zuschlag im Einzel- oder Gesamtausgebot – Ausführung des Teilungsplans bei Zahlung oder Nichtzahlung des Erlöses – Hinterlegungsanträge – Behandlung unbekannter Berechtigter – außergerichtliche Verteilung – Titel- und Briefbehandlung – Grundbuchersuchen – gerichtliche Verwaltung auf Kosten des Erstehers

8. Wiederversteigerung

9. Versteigerung zur Aufhebung einer Gemeinschaft

Besonderheiten der Anordnung – Einstweilige Einstellung nach § 180 ZVG – Besonderheiten der Berechnung des geringsten Gebotes – Erlösverteilung

10. Umgang mit Geldzahlungen

Umgang mit der Sofortauskunft - Behandlung von Sicherheitsleistungen – Hinterlegung von Zuteilungsbeträgen – buchungstechnische Auszahlung der Zuteilungsbeträge

Zwangsverwaltungsverfahren

1. Verfahrensbeginn

Anordnung, Beitritt – Auswahl des Zwangsverwalters – Institutsverwaltung – Inbesitznahmebericht – Mitteilung an die Beteiligten nach § 146 ZVG

2. Verteilungstermin

Terminsbestimmung – Aufstellung des Teilungsplans und Terminsprotokolls – Änderung des Teilungsplans – Ergänzung der Auszahlungsanordnung nach § 157 ZVG

3. Aufhebung des Verfahrens

Aufgrund Antragsrücknahme – nach Zuschlagserteilung – in sonstigen Fällen

4. Der Zwangsverwalter

Aufsichtspflicht des Gerichts – Prüfung der Jahres- sowie der Schlusskostenrechnung – Festsetzung der Vergütung und Auslagen

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Insolvenzrecht

6 Wochen

Ausbildungsinhalte

1. Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens

Antrag eines Gläubigers oder des Schuldners auf Eröffnung eines Regelinsolvenz- oder Verbraucherinsolvenzverfahrens – Verfahren bis zur Entscheidung über die Eröffnung – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters

2. Folgearbeiten nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens durch den/die Richter/in

Terminsbestimmungen – Veröffentlichungen – Mitteilungen – Eintragungersuchen an das Grundbuchamt – Postsperre – Anordnung des schriftlichen Verfahrens

3. Berichtstermin

Vorbereitung – Durchführung – Folgeverfügungen

4. Prüfungstermin

Vorbereitung – Durchführung – Folgeverfügungen – Bestimmung eines besonderen Prüfungstermins bzw. einer besonderen Prüffrist – Forderungsanmeldungen aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung des Schuldners u.ä.

5. Gläubigerversammlung mit besonderer Tagesordnung

Bestimmung eines Termins auf Antrag oder von Amts wegen – Vorbereitung – Durchführung – Folgeverfügungen

6. Gerichtliche Aufsicht über den Insolvenzverwalter

7. Aufhebung des Insolvenzverfahrens

Schlussverzeichnis – Prüfung der Schlussrechnung – Genehmigung der Schlussverteilung – Anberaumung des Schlusstermins – Festsetzung der Vergütung des Insolvenzverwalters und der Gläubigerausschussmitglieder – Schlusstermin – Vollzug der Schlussverteilung – Aufhebungsbeschluss – Folgeverfügungen – Nachtragsverteilung

8. Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse

Bestimmung und Durchführung des Anhörungstermins – Prüfung der Schlussrechnung – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters und der Gläubigerausschussmitglieder – Einstellungsbeschluss - Folgeverfügungen

9. Einstellung des Insolvenzverfahrens wegen Masseunzulänglichkeit

Bestimmung und Durchführung des Anhörungstermins – Prüfung der Schlussrechnung – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters und der Gläubigerausschussmitglieder – Einstellungsbeschluss – Folgeverfügungen

10. Besonderheiten im Verbraucherinsolvenzverfahren

Anordnung des schriftlichen Verfahrens – Anordnung der vereinfachten Verteilung – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Treuhänders

11. Entscheidungen über Pfändbarkeit/Unpfändbarkeit gemäß § 36 Absatz 4 InsO

12. Restschuldbefreiungsverfahren

Ankündigung der Restschuldbefreiung – Versagung der Restschuldbefreiung wegen Nichtzahlung der Mindestvergütung des Treuhänders – Prüfung der Schlussrechnung des Treuhänders – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Treuhänders – Beschluss über die Erteilung der Restschuldbefreiung, wenn kein Gläubiger die Versagung beantragt hat – vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung

13. Besonderheiten der Eigenverwaltung

14. Das Nachlassinsolvenzverfahren

15. Kostenberechnung bei unterschiedlichen Verfahrensverläufen – Stundung der Verfahrenskosten

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Grundbuchrecht

6 Wochen

Ausbildungsinhalte

1. Veränderungen im Bestandsverzeichnis

Vereinigung – Bestandteilszuschreibung – Teilung, insbesondere bei Belastungen – Verschmelzung

2. Eigentumsumschreibung aufgrund Auflassung

3. Berichtigungen in Abteilung I aufgrund Rechtsänderungen außerhalb des Grundbuchs

4. Verfügungsbeschränkungen

Eintragungen aufgrund Ersuchens, von Amts wegen, auf Antrag – Auswirkungen auf Folgeanträge

5. Eintragungen, Löschungen und Inhaltsänderungen in Abteilung II des Grundbuchs

6. Eintragungen, Löschungen und Inhaltsänderungen in Abteilung III des Grundbuchs bei Brief- und Buchrechten

7. Rangvorbehalt und Rangänderung

8. Abtretung / Teilabtretung von Brief- und Buchrechten

9. Eintragung von Gesamtrechten

auch bei verschiedenen Grundbuchämtern – Verteilung eines Gesamtrechts auf die einzelnen Grundstücke – Einbeziehung in die Mithaft – Entlassung aus der Mithaft

- 10. Eintragungen und Löschungen im Zusammenhang mit einem Erbbaurecht**

- 11. Eintragung und Änderung von Wohnungseigentum**

- 12. Vollstreckungsmaßnahmen im Grundbuchverfahren**

- 13. Kosten**

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Registerrecht

6 Wochen

Ausbildungsinhalte

1. Einzelkaufmann

Ersteintragung – Änderung der Firma – Änderung der inländischen Geschäftsanschrift – Inhaberwechsel – Firmenfortführung – Haftungsausschluss – Erwerb des Handelsgeschäfts von Todes wegen – Aufnahme eines Gesellschafters in das Handelsgeschäft – Verlegung der Niederlassung – Erlöschen der Firma

2. Personengesellschaften

Ersteintragung von OHG und KG – Änderung der Firma – Änderung der inländischen Geschäftsanschrift – Eintritt und Ausscheiden neuer Gesellschafter (auch im Wege der Rechtsnachfolge) – Erhöhung und Herabsetzung von Kommanditeinlagen – Sitzverlegung – Auflösung und Liquidation der Gesellschaft – Erlöschen der Gesellschaft – GmbH & Co. KG

3. GmbH

Ersteintragung der GmbH und der Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt), einschließlich Gründung im vereinfachten Verfahren – Änderungen des Gesellschaftsvertrages – Kapitalerhöhung, einschließlich Euro-Umstellung (gegen Einlagen, aus Gesellschaftsmitteln, zur Durchführung von Umwandlungen) – Kapitalherabsetzung – Änderungen der Personen bzw. der Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer – Notgeschäftsführer – Einreichung von Gesellschafterlisten – Widerspruch gegen Gesellschafterlisten – wirtschaftliche Neugründung – Auflösung der Gesellschaft – Beendigung der Gesellschaft

4. Aktiengesellschaft

Ersteintragung der AG – Nachgründung – Änderungen der Satzung – Kapitalerhöhung, einschließlich Euro-Umstellung (gegen Einlagen, aus Gesellschaftsmitteln, genehmigtes und bedingtes Kapital) – Kapitalherabsetzung – Änderungen der Personen bzw. der Vertretungsbefugnis des Vorstands – Einreichung der Niederschriften über Hauptversammlungen – Auflösung der Gesellschaft – Beendigung der Gesellschaft

5. Verein

Ersteintragung des Vereins – Vorstandsänderung – Satzungsänderung (auch Sitzverlegung) – gerichtliche Bestellung von Vorstandsmitgliedern – Ermächtigung zur Einberufung einer Mitgliederversammlung – Auflösung und Liquidation des Vereins – Erlöschen des Vereins

6. Genossenschaft

Ersteintragung der Genossenschaft – Änderungen des Vorstands – Änderung der Satzung (auch Sitzverlegung) – Auflösung und Liquidation der Genossenschaft – Einreichung der Bescheinigung des Prüfungsverbandes

7. Weitere Eintragungen in das Register

Erteilung, Änderung und Erlöschen der Prokura – Zweigniederlassungen (auch ausländischer Gesellschaften) – Unternehmensverträge – Nachtragsliquidation – Insolvenzvermerke – Eintragungen, Berichtigungen oder Löschungen von Amts wegen – Löschung wegen Vermögenslosigkeit, Löschung unzulässiger Eintragungen – Umwandlungsvorgänge (Verschmelzung, Spaltung und Formwechsel) – Eintragungen in das Güterrechtsregister – Eintragung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) – Eintragungen in das Partnerschaftsregister – europarechtliche Bezüge

8. Zwangs- und Ordnungsgeldverfahren

Voraussetzungen – Verfahrensablauf

**Fachstudium III (Studienabschnitt V) –
Wiederholung, Vertiefung, Prüfungsvorbereitung**

Vorbemerkung

Studienabschnitt V dient dazu, die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 APORpflD lehrgebietsübergreifend zu wiederholen, zu festigen und zu vertiefen und auf die Rechtspflegerprüfung vorzubereiten.

Prüfungsvorbereitung

156 LVS

Inhalte der Lehrveranstaltungen

1. Klausurentchnik und Methodenlehre (18 LVS)

Im Rahmen der Vorbereitung auf die Rechtspflegerprüfung sollen die Studierenden anhand von Sachverhalten wiederholend und vertiefend in der juristischen Klausurentchnik sowie in der juristischen Methodenlehre geschult werden.

2. Übungsarbeiten zur Vorbereitung auf die schriftliche Prüfung (48 LVS)

Das Fachstudium III beinhaltet die Anfertigung, cursorische Korrektur, Bewertung und Besprechung schriftlicher Arbeiten zur Vorbereitung auf die schriftliche Prüfung (Übungsarbeiten) nach Maßgabe des § 16 Abs. 2 APORpflD. Im Rahmen der Besprechung erfolgt die Vorstellung des Lösungsvorschlages einschließlich der Bewertungs- und Bearbeitungs-hinweise.

3. Fachbezogene Prüfungsvorbereitung (90 LVS)

In dieser Phase soll eine interdisziplinäre Vertiefung anhand von Prüfungsaufgaben erfolgen. Hierzu können Arbeitsgemeinschaften gebildet werden.

Im unmittelbaren Anschluss werden die Ergebnisse in Form von Kolloquien mit den jeweiligen Fachdozenten besprochen. Hierfür werden je Prüfungsaufgabe 6 LVS veranschlagt, wobei mehrere Fälle aus höchstens zwei Lehrgebieten verknüpft werden

können, was hinsichtlich der Verteilung der LVS zu berücksichtigen ist. Diese sind angemessen auf die Erstellung der Lösungsskizze und die Besprechung zu verteilen. Näheres wird durch den Fachbereichsrat festgelegt.

Die Prüfungsaufgaben sind aus den Lehrgebieten des § 11 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 APORpflD zu entnehmen.